



Thüringer Ministerium  
für Soziales, Familie und Gesundheit



*Bericht  
zur Situation von Menschen  
mit Behinderung  
im Freistaat Thüringen*



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Bericht zur Lage behinderter Menschen im Freistaat Thüringen stellt eine umfassende Bestandsaufnahme der Politik der Landesregierung dar. Er eröffnet aber auch einen Ausblick auf die noch zu bewältigenden Aufgaben. Es freut mich, diesen Bericht der Öffentlichkeit übergeben zu können. Er zeigt, dass in den vergangenen Jahren durch vielfältige Maßnahmen die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen erheblich verbessert werden konnten. Er macht zudem deutlich, dass Politik für und mit behinderten Menschen auch künftig ein wichtiges Anliegen der Landesregierung bleiben wird.

In Thüringen leben rund 200.000 Menschen, die schwerbehindert sind. Das sind etwa 8,5 Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus leben noch viele Menschen mit leichteren Handicaps in unserem Freistaat. Angesichts der demografischen Entwicklung ist langfristig mit einer Zunahme zu rechnen. Denn Behinderungen bestehen keineswegs immer von Geburt an. Mehr als drei Viertel der Behinderungen sind durch eine Krankheit verursacht. Das kann letztlich jeden von uns unverhofft treffen.

Die Thüringer Landesregierung hat sich schon lange vor dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 für diese Gruppe eingesetzt und seit der Wiedervereinigung sehr viel erreicht. Der Fortschritt gegenüber dem Zustand in der ehemaligen DDR ist enorm. Aber natürlich gibt es trotz allem, was geleistet wurde, noch Nachholbedarf. Und man muss sich ohnehin bewusst machen, dass die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen eine Daueraufgabe darstellt, die nie an einen Endpunkt gelangt.

Die Landesregierung hat sich in ihren Anstrengungen immer von dem Grundsatz leiten lassen, dass behinderte Mitbürger ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen sollen. Damit hat sie einen grundlegenden Wandel mitgestaltet, der sich als Übergang von der bloßen Fürsorge und Betreuung hin zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur Beseitigung von strukturellen Barrieren beschreiben lässt. Menschen mit Behinderungen können sich heute einbringen und Rechte einfordern.

Leben in einer Gesellschaft ist ein gegenseitiges Aufeinanderzugehen. Im Umgang zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen sind wir ganz besonders dazu aufgerufen. Es gilt, den Mitmenschen zuallererst in seiner persönlichen Einzigartigkeit wahrzunehmen und anzunehmen. Behinderungen stellen keine Abwertung dar. Sie sind ein Anders-sein, dem in seiner Eigenart die selbstverständliche Achtung vor der Würde jeden menschlichen Lebens gebührt. Eine aus diesem Bewusstsein erwachsende Integration ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern der gesamten Gesellschaft. Hier ist noch viel zu bewegen. Lassen Sie uns gemeinsam die Barrieren im täglichen Leben und in den Köpfen überwinden!



Dr. Klaus Zeh  
Thüringer Minister für Soziales, Familie und Gesundheit

## BERICHT ZUR SITUATION VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IM FREISTAAT THÜRINGEN

### 1. Leitlinien und Grundlagen der Behindertenpolitik

Anzuerkennen, dass es normal ist, anders zu sein, ist den Menschen noch nie leicht gefallen. Anders-sein stellt die eigene Identität in Frage. In einer Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft werfen die Ausgangsbedingungen die Frage nach der Chancengerechtigkeit für alle auf. Solidarisches Handeln kann sich dann als eine Investition in das Begabungsreservoir einer Gesellschaft erweisen, die für das Gemeinwohl aller unersetzlich ist.

Unsere Rechtskultur hat diese Erkenntnis in den grundlegenden Bestimmungen unserer Verfassungen und Gesetze so dargestellt:

- Die Würde des Menschens ist unantastbar,
- die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu einem selbstbestimmten Leben ist zu sichern und zu fördern,
- Anders-sein, sei es im Hinblick auf Religion, auf Geschlecht oder Behinderung, darf zu keiner Benachteiligung führen.

Mit der ausdrücklichen Verankerung des Benachteiligungsverbots in Art. 3 des Grundgesetzes im Jahr 1994 und in der Thüringer Verfassung (Art. 2 Abs. 4) hat eine jahrzehntelange Entwicklung in der Politik für Menschen mit Behinderungen ihren verfassungsrechtlichen Ausdruck erhalten. Dieses Bekenntnis zum Benachteiligungsverbot hat aber auch Impulse für neue Entwicklungen in der Politik für Menschen mit Behinderungen gebracht. Sie hat insbesondere den **Wandel vom Objekt der Fürsorge zum selbst sein Schicksal gestaltenden Subjekt** befördert. Damit wurde ein Weg beschritten, der zu einem Umdenken in allen Bereichen des Lebens von Menschen mit Behinderungen führen kann und soll.

Diese insgesamt positive Entwicklung ist nicht zwangsläufig eingetreten, sondern durch zahlreiche gesetzgeberische Maßnahmen, durch politische Programme und Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder sowie durch Öffentlichkeitsarbeit auf allen Ebenen unserer Gesellschaft befördert worden. Was Thüringen betrifft, hat die Landesregierung diese Entwicklung aktiv mitgestaltet und bedeutende Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erreicht. Behinderte Menschen und ihre Familien haben Anspruch auf Solidarität und Unterstützung. Die Thüringer Landesregierung sieht die **Förderung der sozialen und beruflichen Integration behinderter Menschen als eine besondere Verpflichtung** an. In den Bereichen Frühförderung, Kinderbetreuung, Sonder- und Heilpädagogik, berufliche Integration und Begleitung, Werkstätten und Wohnheime für behinderte Menschen, Barrierefreiheit und Blindengeld hat die Landesregierung kontinuierlich erhebliche Leistungen erbracht. Der vorliegende Bericht gibt hierüber detailliert Auskunft.

Bei all ihren Maßnahmen hat sich die Landesregierung von der Prämisse leiten lassen, dass behinderte Mitbürger ein **selbstbestimmtes Leben** führen und zur selbstständigen Lebensführung befähigt und ermutigt werden sollen. Ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung ist deshalb die Weiterentwicklung, Förderung und finanzielle Absicherung

von Konzeptionen und Hilfen, die der Normalisierung der gesamten Lebensverhältnisse und Lebensbedingungen dienen. Dabei kommt der Unterstützung von ambulanten und familienentlastenden Diensten, offenen Wohnformen, integrativen Angeboten in Bildung, Ausbildung und Freizeit sowie von Selbsthilfeaktivitäten besondere Bedeutung zu.

Sich beruflich zu betätigen ist für behinderte Menschen eine wesentliche Voraussetzung, um voll am Leben der Gesellschaft teilhaben zu können. Die Thüringer Landesregierung hat daher der **beruflichen Integration** behinderter Menschen einen besonderen Stellenwert zugewiesen. Hierfür hat sie diverse Hilfen zur Verfügung gestellt, zu denen dieser Bericht ausführlich informiert.

Viele Weichenstellungen erfolgen allerdings auf Bundesebene. So sind die **ethischen Grundlagen** der Behindertenpolitik mit der Diskussion um die Pränataldiagnostik (PND), die Präimplantationsdiagnostik (PID), therapeutisches Klonen und mit der Einbeziehung der eugenischen in die medizinische Indikation im Zusammenhang des § 218 Strafgesetzbuch erneut auf den Prüfstand gekommen. Die Landesregierung bekennt sich ganz eindeutig dazu, dass menschliches Leben in keiner Phase seiner Existenz instrumentalisiert werden darf. Auch der so genannte wissenschaftliche Fortschritt rechtfertigt es nicht, menschliches Leben als Mittel zum Zweck zu benutzen.

Mit dem **Bundesgesetz zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)** wurde ein wichtiger Schritt getan, um das zersplitterte Recht der Rehabilitation im Interesse der Betroffenen zusammenzuführen, an den Lebenslagen des einzelnen Menschen mit Behinderungen anzusetzen und die Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. Wenn sich mit diesem Gesetz auch keine wesentlichen materiellen Leistungsverbesserungen ergeben haben, so hat doch der Bundesgesetzgeber erkennen lassen, dass eine qualitative Veränderung in der Politik für Menschen mit Behinderungen eingeleitet werden soll: Selbstbestimmung und Teilhabe als Ausdruck eines neuen Denkens und Handelns in der Politik mit und für Menschen mit Behinderungen.

Die **leistungsrechtlichen Verbesserungen** des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) im Rahmen des SGB IX waren für viele Betroffene, insbesondere für Familien, ein Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel, ein echtes Leistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, wurde damit allerdings nicht erreicht. Dieses Ziel muss weiter verfolgt werden, wenn man Menschen mit Behinderungen nicht von vornherein als staatliche Hilfe- und Fürsorgeempfänger definieren will.

Mit dem **Bundesgleichstellungsgesetz** für den Bereich der öffentlichen Verwaltung und mit dem dort verankerten Klagerecht für Verbände ist der Weg vom Fürsorgeempfänger zum sein Leben selbst gestaltenden Menschen mit Behinderungen noch einmal verdeutlicht worden. Der Gedanke eines umfassenden Verständnisses von „Barrierefreiheit“ kann zu einem neuen Denken in der Gestaltung des Lebens für Menschen mit Behinderungen in Staat und Gesellschaft führen. Auch durch das Betreuungsrecht sowie die gesetzliche Verankerung von Qualitätsstandards sind beachtliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erreicht worden.

Thüringen hat in den vergangenen Jahren unter anderem durch eine entsprechende Änderung von Landesgesetzen, vor allem aber durch Pläne und Förderprogramme in Zusammenarbeit mit den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege konkrete Schritte zur Verbesserung der Lage von Menschen mit Behinderungen unternommen. Auf die konkreten Maßnahmen wird in den einschlägigen Abschnitten eingegangen.

## Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Ungeachtet der Verantwortung des Staates muss man sich immer wieder ins Bewusstsein rufen, dass eine Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben der Gemeinschaft nur erreichbar ist, wenn alle Personen, Gruppen und Verbände, aber auch Kirchen, Parteien und Medien Integration als eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** ansehen, die nicht an Sozialleistungsträger, an Kommunen und den Staat delegiert werden darf.

Nur aus dem lebendigen Bewusstsein heraus, dass Anders-sein eine Herausforderung zu solidarischem Handeln bedeutet, dass einer Gesellschaft erst ihr humanes Antlitz verleiht, kann sich eine Entwicklung vollziehen, die Menschen mit Behinderungen die Chance einer optimalen Teilhabe ermöglicht. Unbestreitbar ist, dass sich in den letzten Jahrzehnten schon ein beachtlicher Wandel in der Einstellung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger gegenüber Menschen mit Behinderungen vollzogen hat. Diese neue Sichtweise gilt es weiter zu unterstützen und zu fördern.

Die Anliegen von Menschen mit Behinderungen müssen in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft Berücksichtigung finden. Die Umsetzung dieser Zielvorstellung kann wesentlich zur Ausgestaltung einer integrativen Gesellschaft beitragen.

## Grundsätze der Behindertenhilfe

Oberstes Ziel aller Hilfen für Menschen mit Behinderungen muss die **Hilfe zur Selbsthilfe** sein. Hilfe soll nicht in erster Linie der Fürsorge, sondern der Stärkung der Selbsthilfekräfte dienen. Jeder Mensch mit Behinderungen soll ein Leben in Würde und Freiheit, in Selbstachtung und Autonomie, schlicht ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Die Gedanken, die in diesem Zusammenhang die **Selbsthilfebewegung** entwickelt hat, sind ein befruchtendes Element für die Gestaltung und Organisation der Behindertenhilfe. Sie sind aber nicht bei allen Arten und Formen der Behinderungen in gleicher Weise umsetzbar. Auf's Ganze gesehen dürfen sie die Solidarität der Gemeinschaft nicht überfordern. Das Ringen um das rechte Maß hat in den Eingangsbestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes seinen Ausdruck gefunden. Die weitere Entwicklung, insbesondere die Diskussion um **Assistenz** und **persönliches Budget**, kann sicher nicht ohne Rücksicht auf die Situation der derzeitigen finanziellen Ressourcen der Sozialleistungsträger und der öffentlichen Hand geführt werden.

Wenn es normal ist, anders zu sein, muss dies dazu führen, dass jeglichem anderen Leben die Chance gegeben wird, ein normales Leben zu führen.

Jede Hilfe soll an der persönlichen Situation eines Menschen mit Behinderungen ansetzen (**Individualitätsprinzip**). Die individuelle Lebenslage muss bei der Gestaltung der Hilfe Grundlage für den Teilhabeplan sein. Hilfe sollte als Fallmanagement beginnen und die weitere Entwicklung begleiten.

Das im §3 BSHG verankerte **Wunsch- und Wahlrecht** ist eine Ergänzung des Individualisierungsprinzips, das auch im Rahmen einer Bedarfsdeckung, die dem Gedanken der Teilhabe Rechnung tragen will, für die Auswahl der Hilfen zu berücksichtigen ist. Das Wahlrecht erstreckt sich sowohl auf die Form der Hilfe wie auch den Leistungserbringer. Es ist dabei aber auch zu beachten, dass keine unverhältnismäßigen Mehrkosten gegenüber einer anderen fachlich adäquaten Hilfe entstehen.

Nur auf dem Wege der umfassenden **Hilfeplanung** kann man zu einer möglichst umfassenden Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft gelangen. Mit dem SGB IX hat dieser Gedanke erstmals Eingang in die Gesetzgebung gefunden. Über Integration und Normalisierung hinaus soll Teilhabe zur Mitwirkung und Mitbestimmung in der Gesellschaft führen. Der



Mensch mit Behinderungen soll sich nicht als zu integrierendes Objekt, sondern als selbst mitgestaltendes Subjekt empfinden können, soll aus dem Gefühl von Ohnmacht und Apathie herausfinden und zu seiner eigenen Emanzipation in der Gesellschaft beitragen können. Die Landesregierung unterstützt diesen komplexen Prozess auf allen Ebenen ihrer Einwirkungsmöglichkeiten.

Beim **Begriff der Behinderung** geht die Landesregierung von der finalen Betrachtungsweise aus, wie sie nun in Übertragung der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO im SGB IX § 2) seine rechtliche Verfestigung gefunden hat. Es ist aber offenkundig, dass dieser Ansatz noch nicht in allen Gesetzen so operationalisiert werden konnte, wie dies wünschenswert wäre. So muss im SGB IX im Bereich Schwerbehindertenrecht noch mit dem seit den 70er Jahren eingeführten Begriff des Grades der Behinderung gearbeitet werden. Auch in den übrigen Sozialleistungsgesetzen bleibt es bei den dort seit jeher üblichen Definitionen.

Nach Abschluss der aktuellen Gesetzgebung zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Entwicklung in der Gesellschaft sollte geprüft werden, wie die dem SGB IX zu Grunde liegende Betrachtungsweise auch in den Einzelgesetzen, die sich mit der Teilhabe beschäftigen, besser umgesetzt werden kann.

Die herkömmlichen **Prinzipien der Rehabilitation** bleiben auch in Zukunft von grundlegender Bedeutung für die Behindertenhilfe:

- Prävention
- Rehabilitation vor Rente
- Fachlichkeit der Hilfen nach jeweiliger Indikation
- Vorrang offener Hilfen vor stationären Maßnahmen.

Zu berücksichtigen ist dabei jeweils die Wahrung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit.

Die aus Gesetzen und fachlicher Arbeit entwickelten **Qualitätsstandards** sind zu beachten. Die ethischen und rechtlichen Grundlagen in der Behindertenhilfe und die Methoden und Formen der Umsetzung können nicht ohne Auswirkung auf die Organisation der Behindertenhilfe bleiben. Anders als aus der geschichtlichen Entwicklung der Behindertenhilfe zu erwarten, muss heute der Gedanke der **Subsidiarität** und der **Selbstorganisation** einen ganz neuen Stellenwert erhalten.

### Organisation der Behindertenhilfe

Die Arbeit der **Interessenverbände behinderter Menschen** und der **Selbsthilfegruppen** hat zu einem neuen Selbstverständnis vieler Menschen mit Behinderungen beigetragen. Die Erfahrung des persönlichen Schicksals hat die Perspektive der Fachleute hinterfragt, aber auch erweitert. Die Erfahrung gleicher Betroffenheit in der Gruppe kann helfen, neue Perspektiven für das eigene Leben zu entwickeln.

Die Landesregierung unterstützt diese Entwicklung mit Ermutigung, aber auch durch finanzielle Hilfen an Selbsthilfekontaktstellen und die Selbsthilfelandesverbände. Der Freistaat Thüringen hat die **Selbsthilfekontaktstellen** in den Jahren 1999 bis 2003 mit insgesamt ca. 878.000 € und die **Selbsthilfelandesverbände** mit insgesamt ca. 884.000 € unterstützt.

Durch den Zusammenschluss auf Landesebene hat die Selbsthilfe eine Plattform gefunden, um die Anliegen von Menschen mit Behinderungen besser in den gesellschaftlichen Diskurs und in die Arbeit der Gesetzgebung und Verwaltung einbringen zu können.

Darüber hinaus wurden Vereine und Verbände behinderter Menschen seit 1999 mit rund 417.000 € gefördert.

Mit der Bestellung von Behindertenbeauftragten bzw. -beiräten auf der Ebene der Kommunen und des Landesbehindertenbeirates haben sich die Chancen, Maßnahmen der jeweiligen Verantwortungsebene mit behindertenpolitischer Auswirkung präventiv zu beraten und zu begleiten, deutlich verbessert.

Die Leistungen der Behindertenhilfe werden entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip, wie es vor allem im SGB I, im Bundessozialhilfegesetz und im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert und vom Bundesverfassungsgericht sanktioniert worden ist, vorrangig durch die **Träger der freien Wohlfahrtspflege** erbracht. Die Garantenstellung der öffentlichen Träger bleibt unberührt.

Die Privilegierung der freien gemeinnützigen Träger ist durch die neuere Gesetzgebung, vor allem im Zuge der Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes, für den praktischen Vollzug entfallen. Die Landesregierung ist der Überzeugung, dass dieses System, das viele gesellschaftliche Kräfte einbinden und mobilisieren kann, auch in Zukunft erhalten werden muss. Sie sieht mit Sorge die Entwicklung der Gesetzgebung der Europäischen Union, die zu einer weiteren Verdrängung gemeinnütziger Organisationsformen führen kann.

Für das sozialstaatliche Modell in Deutschland ist es von großer Bedeutung, dass das Feld solidarischen Handelns nicht dem reinen Erwerbsprinzip untergeordnet werden darf. Gerade neue gesellschaftliche Problemfelder können nicht einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse überlassen werden. Die Anwaltsfunktion der Sozialverbände reicht nicht aus, um gesellschaftliche Probleme rechtzeitig anzugehen und aufzuarbeiten. Die Pionierarbeit gemeinnütziger Träger ist nach bisheriger Erfahrung unverzichtbar.

Die Landesregierung unterstützt daher die Liga der Freien Wohlfahrtspflege mit finanziellen Mitteln. In den Jahren 1999 bis 2003 waren dies ca. 7,8 Mio. €. Darüber hinaus erhält die Liga entsprechend dem Thüringer Staatslotterie- und Sportwettengesetz 3 % der Spieleinsätze aus der Veranstaltung der Lotterien und Sportwetten.

Sehr zu begrüßen sind die Aktivitäten der EU-Kommission zur Integration von behinderten Menschen in Arbeit und Gesellschaft, wie sie in dem Aktionsplan „Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen“ dargestellt sind (s. BR Drs. 861/03).

Die **Zersplitterung der Kostenträger** im Hinblick auf eine verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bleibt auch nach Schaffung des SGB IX ein großes Problem. Die Verbesserung der Beratung durch eine größere Klientennähe und durch das so genannte Casemanagement ist ein wichtiger Ansatz zur Verbesserung der Hilfe.

In Thüringen wurde in Umsetzung des SGB IX unter Verantwortung der Rehabilitationsträger ein Netz von 27 **gemeinsamen Servicestellen** zur Beratung und Unterstützung bei der Klärung von Ansprüchen auf Rehabilitationsleistungen geschaffen.

Darüber hinaus verfügt Thüringen über ein dichtes Netz von **Beratungsstellen freier gemeinnütziger Träger** für Menschen mit Behinderungen. Das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (TMSFG) förderte diese Beratungsstellen im Zeitraum 1999 – 2003 mit rund 2,2 Mio. €.

Ein weiterer Schritt zur Vereinfachung der Leistungsgewährung für die Betroffenen ist die Einführung eines **persönlichen Budgets**, dessen modellhafte Erprobung in SGB IX und SGB XII (Sozialhilfe ab 01.01.2004) vorgesehen ist.

Thüringen (speziell die Region Gera) hat sich in diesem Zusammenhang in den Jahren 2000-2003 an einem Bundesmodellprojekt zur „Implementierung der personenbezogenen Hilfen“ beteiligt. Ziel war, die Hilfeleistungen für psychisch kranke Menschen zu verbessern, indem Menschen nicht nach den zur Verfügung stehenden Einrichtungen, sondern nach

ihrem persönlichen Hilfebedarf versorgt werden. Nach dem positiven Abschluss dieser Modellphase ist zum weiteren Ausbau des persönlichen Budgets und einer einrichtungsübergreifenden integrierten Behandlung und Rehabilitation die Einbeziehung von drei weiteren Regionen in Thüringen geplant.

Die beste Organisation der Behindertenhilfe bleibt aber trotz aller gesamtstaatlicher Verantwortung auf den Ebenen der Sozialleistungsträger, der Kommunen, der Länder und des Bundes unfruchtbar, wenn dahinter kein **allgemeines bürgerschaftliches Engagement** steht.

Die Basis für die aktive Bürgergesellschaft ist die Bereitschaft der Menschen, sich ehrenamtlich zu engagieren. Sich aus freien Stücken für seine Mitmenschen oder für die Allgemeinheit einzusetzen ist Ausdruck von Verantwortungsbereitschaft und Solidarität.

Dieses Engagement muss auch durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bewusstsein aller Mitbürgerinnen und Mitbürger lebendig erhalten werden. Dafür sind vielerlei Mittel und Wege erforderlich, von Tagen der offenen Tür bis zu internationalen und nationalen Aktionstagen für Menschen mit Behinderungen. Alle gesellschaftlichen Gruppen und Verbände tragen dafür Mitverantwortung.

Die Landesregierung fördert die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement nachhaltig und wird dies auch künftig tun. Für das Jahr 2004 stellt das Land Mittel in Höhe von 2.325.500 € für die Ehrenamtsförderung zur Verfügung.

Die Ergebnisse der empirischen Erhebung des wissenschaftlichen Berichts – Materialbandes zur Lage behinderter Menschen in Thüringen dokumentieren ein hohes Engagement von behinderten Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sowie speziell im engeren Bereich der Arbeit in Behinderten- und Wohlfahrtsorganisationen sowie Selbsthilfegruppen.

## 2. Anliegen des Berichts und demographische Situation

Die von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie hat sich zum Ziel gesetzt, über einen Institutionen- und Leistungsbericht hinaus die **tatsächlich verwirklichte Integration von Menschen mit Behinderungen** darzustellen. Im Gegensatz dazu sind auch die bisherigen Berichte der Bundesregierung eher eine Darstellung der vom Staat und seinen Institutionen ergriffenen Maßnahmen, um die Lage von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Zusammen mit dem Lebenslagenansatz des Berichts ergibt sich daraus eine gute Grundlage zur Beantwortung der Frage, mit welchen Maßnahmen ein Prozess des Mainstreamings hin zu einer integrativen Gesellschaft vorangebracht werden kann. Erfreulich ist die Feststellung des Berichts, welch **großer Wandlungsprozess im Bewusstsein der Bevölkerung** sich vollzogen hat, was den Umgang mit Menschen mit Behinderungen angeht. Die Landesregierung hat diesen Prozess mit allen ihr möglichen Mitteln gesetzgeberischer und förderungsmäßiger Art sowie durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Insbesondere im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 hat sie die Gelegenheit genutzt, um Gedanken der Integration im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Die Landesregierung wird sich auch bemühen, dass in der Öffentlichkeit noch bekannter wird, wie stark das bürgerschaftliche Engagement unter behinderten Menschen und für behinderte Menschen heute schon ist. Dies kann als weitere Ermutigung dazu dienen, Anders-sein nicht als etwas Negatives zu sehen, sondern als Chance, das kreative Potential einer Gesellschaft zu stärken und zu festigen.



Mit dem wissenschaftlichen Bericht – Materialband wurde eine Datensammlung über die Lage der Menschen mit Behinderungen in Thüringen geschaffen. Mit dieser Aufbereitung eines bisher disparaten Zahlenmaterials ist eine Voraussetzung für weiteres verantwortungsbewusstes politisches Handeln geschaffen worden.

Die **demografische Situation** in Thüringen entspricht im Wesentlichen der in den übrigen neuen Ländern. Ein beachtlicher Unterschied besteht aber zu Westdeutschland. Bei den anerkannten schwerbehinderten Menschen hat sich seit 1993 eine kontinuierliche Steigerung um ca. 150 % ergeben. Die Gründe dafür sind vermutlich ganz unterschiedlicher Art. Die anfängliche Zurückhaltung, einen Antrag auf **Anerkennung als schwerbehinderter Mensch** zu stellen, mag auch damit zusammenhängen, dass man zu Beginn mehr Nachteile als Vorteile in einer Anerkennung gesehen hat, ja dass man die Anerkennung sogar als Einstellungshindernis empfunden hat. Auch eine Zurückhaltung im Umgang mit bisher unbekannten Verfahren und Behörden kann eine Rolle gespielt haben.

Die Anerkennung als solche bringt in aller Regel zunächst keinen unmittelbaren materiellen Vorteil. Sie wird vermutlich auch mehr dort angestrebt, wo sich Vorteile bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ergeben, was in der Regel in stärker urbanisierten Räumen der Fall ist. Da im Alter der prozentuale Anteil verständlicherweise stärker steigt, wirkt sich auch der in den neuen Ländern noch immer anhaltende Abwanderungsprozess in der jüngeren Generation negativ auf die Gesamtsituation aus.

Hinzu kommt die selbstverständlich sehr zu begrüßende Tatsache, dass sich die **Lebenserwartung** von Menschen mit Behinderungen ähnlich entwickelt wie die der Gesamtbevölkerung. In der vor 1945 geborenen Generation hat das Euthanasieprogramm des NS-Regimes dazu geführt, dass es Menschen mit Behinderungen so gut wie nicht mehr gab.

Nicht ohne Bedeutung für die demografische Situation ist schließlich auch der **Fortschritt in der Medizin**, der vielen Frühgeborenen und ihren Eltern ganz neue Chancen eröffnet. Für die Frühförderung stellen sich hier neue Herausforderungen.

Schließlich spielen die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die Probleme der Frühförderung eine erhebliche Rolle für die Nutzung des Anerkennungsverfahrens. Insgesamt liegen aber die neuen Länder, insbesondere auch Thüringen, bei der Anerkennungsquote eher unter dem Durchschnitt aller deutschen Länder (Thüringen 7,5%).

### 3. Allgemeine und berufliche Bildung von Menschen mit Behinderungen

#### 3.1 Vorschulische Integration

##### 3.1.1 Frühförderung

Die Frühförderung hat sich aus heilpädagogischen und medizinisch-therapeutischen Ansätzen heraus entwickelt. Ihre Aufgabe kann sie nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit erfüllen. Ihr Ziel ist es, die Lebensqualität der Kinder und ihrer Familien zu verbessern. Mit ihren interdisziplinären Methoden der Förderung, der Behandlung und Beratung will sie die Entfaltung der Persönlichkeit der Kinder mit Behinderungen anregen, lebenspraktische Fähigkeiten erwerben helfen und die soziale Entwicklung unterstützen. Die Eltern sollen in diesen Prozess einbezogen werden und, soweit möglich, als Kotherapeuten gewonnen werden.

Thüringen verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Frühförderstellen. Mit den 32 regionalen **Frühförderstellen** und den zusätzlichen fünf überregionalen Stellen können die Kinder bis zum Schuleintritt gut begleitet werden.

Die Einrichtungen werden mit erheblichen Mitteln aus dem Landeshaushalt unterstützt. Seit 1994 wurden mehr als 3,9 Mio. € dafür ausgegeben.

Die 1994 im Landesamt für Soziales und Familie eingerichtete Geschäftsstelle Frühförderung wurde zur Umsetzung der neuen Anforderungen an die Frühförderung im Rahmen des SGB IX hinsichtlich Komplexität, Interdisziplinarität und Qualitätsentwicklung zum 1. Januar 2003 in eine **Arbeitsstelle Frühförderung** umstrukturiert. Sie agiert auf Landesebene als Beratungs- und Koordinierungsstelle für Initiativen im Bereich Frühförderung auf Grundlage der „Richtlinie zur Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen im Bereich der Frühförderung“.

Mit der Einführung eines einheitlichen Dokumentationssystems sollen die Qualitätsstandards gesichert werden. Sie sind auch von großer Bedeutung für die Auseinandersetzung mit den Kostenträgern. Leider hat das SGB IX hier immer noch keine befriedigende Lösung gebracht.

Die **Broschüre „Frühförderung für Kinder mit Hör- und Sehschädigungen“** leistet einen Beitrag zur Aufklärung von Eltern und Ärzten, um Kindern und ihren Familien eine frühzeitige Hilfe zu ermöglichen.

Thüringen beteiligt sich am **Bundesmodellprojekt "Entwicklung psychologischer Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern"** mit dem Ziel, die von den Beratungsfachkräften gewonnenen Erkenntnisse flächendeckend auf alle Beratungsstellen und andere Praxisfelder weiter zu vermitteln. Nach Abschluss des Modells sollen die teilnehmenden Fachkräfte in der Lage sein, als Multiplikatoren zu wirken und qualifizierte Angebote für Eltern mit Kleinkindern zu entwickeln. In Thüringen nahmen 150 Fachkräfte daran teil. Mit der Gründung des Arbeitskreises "Entwicklung psychologischer Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern" kann man davon ausgehen, dass die Weiterbildungsangebote auch für andere Praxisfelder fruchtbar werden.

Der Freistaat Thüringen hat sich an der Finanzierung des Modellprogramms mit 21.500 € beteiligt.

### 3.1.2 Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen können aufgrund verschiedener Rechtsgrundlagen (SGB IX, BSHG, SGB VIII [Kinder- und Jugendhilfe] oder Schulrecht) errichtet werden und haben dann ganz unterschiedliche Kostenträger. Die Ziele der Frühförderung werden in **Regeleinrichtungen**, in **integrativen Einrichtungen**, in **Sonder- bzw. Heilpädagogischen Einrichtungen** und in **Schulvorbereitenden Einrichtungen** (SVE) verfolgt. Erfreulich ist die Zunahme der Betreuung in integrativen Einrichtungen.

Die Betreuung von Kindern mit Behinderungen erfolgte 2002 in 278 Regeleinrichtungen für 1.135 Kindern mit Behinderungen und in 60 integrativen Kindertageseinrichtungen für 1.285 Kindern mit Behinderungen.

In sieben sonder-/heilpädagogischen Einrichtungen wurden insgesamt 257 Kinder betreut. Darüber hinaus gab es Plätze für 339 Kinder im Vorschulalter in Schulvorbereitenden Einrichtungen an Förderschulen. Dabei handelte es sich insbesondere um Plätze für Kinder mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und der Sprache, für die aus pädagogischer und entwicklungspsychologischer Sicht eine frühzeitige und gezielte Förderung notwendig ist.

Der wissenschaftliche Bericht – Materialband stellt fest, dass in Thüringen die Zahl der Plätze für behinderte Kinder in teilstationären Einrichtungen wie Krippen und Kindergärten bereits 2002 deutlich über dem Durchschnitt in der Bundesrepublik lag. Bei den Kindergärten lag der

Anteil in Gesamtdeutschland bei 1,84 %, in Thüringen bei 2,9 %.

Daraus kann man den erfreulichen Schluss ziehen, dass der Gedanke der Integration in der Gesellschaft und insbesondere in der jungen Generation bereits eine sehr hohe Akzeptanz erreicht hat.

### 3.2 Schulische Integration

Die Landesregierung lässt sich im Bereich Bildung und Schule von dem Grundsatz leiten: **Gemeinsamer Unterricht** von Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf an Grund- und Regelschulen, an Gymnasien sowie an berufsbildenden Schulen soviel wie möglich, so viele Sondereinrichtungen wie nötig. Ziel aller Schularten ist die soziale Integration aller Schüler. Im § 2 Abs.2 des Thüringer Förderschulgesetzes heißt es dazu: „**Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf** werden, soweit möglich, in der Grundschule, in den zum Haupt- und Realschulabschluss, zum Abitur oder in zu Abschlüssen der berufsbildenden Schulen führenden Schularten unterrichtet (gemeinsamer Unterricht).“

Derzeit ist festzustellen, dass trotz zurückgehender Schülerzahl insgesamt sowohl der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Förderschulen (1998/99 6,1 %, 2002/03 7,3 %) als auch der im Gemeinsamen Unterricht (1998/99 2,46 %, 2002/03 10,25 %) steigt.

Die Landesregierung wird prüfen, warum der prozentuale Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf trotz verstärkter Bemühungen zum Gemeinsamen Unterricht in Grund- und Regelschulen im Steigen begriffen ist. Es könnte durchaus sein, dass die Eltern ideologische Vorbehalte gegenüber Förderschulen überwunden haben und das intensive pädagogische Angebot der Förderschulen inzwischen zu schätzen wissen.

Auffällig ist auch, dass der prozentuale Anteil der Förderschüler in den Thüringer Regionen stärker schwankt.

Es ist unbestritten, dass eine ausschließliche Beschulung in Förderschulen für einen Teil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht immer die günstigste Voraussetzung für das Lernen, die psychische und physische Entwicklung und Eingliederungsfähigkeit ist, da diese Form der Beschulung Kindern und Jugendlichen Lernanregungen vorenthalten kann, die ihnen der gemeinsame Unterricht eröffnet. Es gibt aber auch Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für die die Förderschule einen entwicklungsförderlichen Schutz- und Lernraum darstellt und für die erst die dort bereitgestellte Umgebung und die vorgehaltenen spezifischen Hilfen weitergehende Lernmöglichkeiten eröffnen. Schließlich wird die Förderschule als Lernort für einen Teil der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf temporäre Hilfe leisten müssen, also im gewissen Sinn als „Interventionsstation“ genutzt werden.

Dies bedeutet eine **Abkehr von einer institutionsbezogenen Sicht**. Vielmehr stehen die Entwicklungschancen und –potenziale des einzelnen Kindes bei der Auswahl des günstigsten Entwicklungsraums im Mittelpunkt. Sie bestimmen Schullaufbahnentscheidungen und schulisches Handeln.

Diese differenzierte Herangehensweise verlangt, das System sonderpädagogischer Förderung weiter flexibel zu gestalten.

Das bedeutet auch, dass Förderschulen ihre Kompetenz zur individuellen Diagnose und Förderung in die anderen allgemein bildenden Schulen verstärkt einbringen müssen. **Förderschulen** sollen sich deshalb zu **Zentren des Unterrichts, der Förderung, der Kooperation und der Beratung** weiter entwickeln. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Kooperation und der Beratung.

Das Nebeneinander von gemeinsamem Unterricht in den anderen allgemein bildenden Schulen und Unterricht im Förderzentrum zu akzeptieren, Grenzen auszuloten und ein stärkeres Verantwortungsgefühl u.a. der Grund- und Regelschulen zu entwickeln für Kinder und Jugendliche, die Lernprobleme haben, sind die Intentionen der Novelle des **Förderschulgesetzes**. Das Kind als Individuum, für das es gilt, die jeweils günstigste Beschulungsmöglichkeit zu suchen, hat dabei immer im Mittelpunkt zu stehen.

Als Folge einer intensiveren Beratung sollen u.a. die Übergänge in die anderen allgemein bildenden Schulen und in Berufsausbildungseinrichtungen fließender und damit problemfreier gestaltet werden. Hier kommt der **Probebeschulung** in o.g. Schulen sowie in der Förderschule, die im Förderschulgesetz verankert ist, eine besondere Bedeutung zu. Die Schüler können bis zu sechs Wochen an der Probebeschulung teilnehmen und bleiben dem Status nach Schüler der ursprünglichen Schule. Damit können Schüler und Lehrer gemeinsam und individuell ausloten, welche Schule der geeignetste Lernort ist, ohne dass eine feststehende Entscheidung bereits getroffen ist.

Ziel aller Maßnahmen ist die verbesserte **Integrationsfähigkeit** der förderbedürftigen Schüler und die Verbesserung der **Integrationsbereitschaft** der anderen Schüler und Erwachsenen. Die im Jahr 2003 vollzogene Gesetzesänderung soll das Bewusstsein für ein **verändertes Verständnis von sonderpädagogischer Förderung** und einer „wirklichen“ Integration stärken und durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen die Voraussetzung hierfür schaffen.

Im Rahmen des inzwischen abgeschlossenen **Schulversuchs „Veränderte Schuleingangsphase“** wurde der Integrationsgedanke erfolgreich erprobt. Die am Schulversuch beteiligten Schulen nahmen alle in ihrem Schulbezirk wohnenden 6-jährigen auf und ermöglichten ihnen Erfahrungen in der Grundschule. Die pauschale Zuweisung von Personal mit sonderpädagogischer Kompetenz sichert die langfristige Lernbeobachtung, die sachgerechte Diagnose im Lernprozess und die bedarfsgerechte Förderung am Lernort Grundschule. Die Möglichkeit einer um ein Schuljahr verlängerten Verweildauer in den altersgemischten Lerngruppen führte unter Beibehaltung sozialer Beziehungen zu kontinuierlichen Lernerfahrungen in diesem wichtigen Lernfeld. Inzwischen können laut Thüringer Schulgesetz alle Grundschulen diese Form der Schuleingangsphase umsetzen. Ein stabilisierendes Unterstützungssystem befördert diese Prozesse.

Ein Schwerpunkt in der Förderschule ist die **Berufswahlvorbereitung**.

Der Wechsel von der Schule in den Beruf ist für jeden Jugendlichen von entscheidender Bedeutung für seine weitere Entwicklung. Die berufliche Integration beginnt in den allgemeinbildenden Schulen; sie ist deren Aufgabe. Insbesondere durch Projekte und Schulversuche zur „Berufswahlvorbereitung“ soll dabei unabhängig von eventuell vorliegendem sonderpädagogischem Förderbedarf bei allen Jugendlichen eine zielgerichtete Berufs- und Lebensvorbereitung erreicht werden. Im Einzelnen wurden in diesem Zusammenhang folgende Erprobungsfelder geschaffen, die eine besondere Begleitung und Unterstützung erfahren und auf Transfer und Nachhaltigkeit angelegt sind:

Mit dem Schuljahr 2000/2001 begann der **Schulversuch „Praktische Berufsorientierung“** ab Klassenstufe fünf, in dem zunächst durch veränderte Unterrichtsformen die Eigenverantwortung für und die Selbständigkeit des Lernens als Grundlage für eine gezielte Berufs- und Lebensvorbereitung entwickelt werden soll. Elf Förderschulen sind daran beteiligt. Darüber hinaus kooperieren seit diesem Zeitpunkt 17 Förderschulen im **Projekt „Berufswahl- und Lebensvorbereitung“** mit Berufsausbildungszentren, Reha-Einrichtungen, Bildungswerken etc. Dadurch können die Schüler im berufswahlvorberei-

tenden Unterricht vornehmlich in den Klassenstufen acht und neun sich in verschiedenen Berufsfeldern erproben. So wird Realitätsbewusstsein geschaffen, das eine spätere berufliche Ausbildung erleichtert. Zusätzlich unterstützen die Schulen gemeinsam mit den Kooperationspartnern die Diagnose zur beruflichen Reife und Eignung und entlasten die Arbeitsverwaltung. Das Thüringer Kultusministerium hat dieses Projekt einmalig mit insgesamt 76.700 € gefördert.

Ab dem Schuljahr 2003/04 werden auf der Grundlage der „Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und/oder des Freistaats Thüringen zur Förderung von Maßnahmen der praxisorientierten Berufswahlvorbereitung, der Stärkung der Ausbildungsfähigkeit und zur Förderung von Maßnahmen des lebenslangen Lernens“ vom 28. April 2003 die Klassenstufen acht und neun aller Förderschulen mit den Bildungsgängen Lernförderung und Regelschule in Kooperation mit Trägern von Berufsbildungseinrichtungen 15 bzw. acht Praxistage in verschiedenen Berufsfeldern verteilt auf das gesamte Schuljahr bei freien Trägern der Berufsausbildung durchlaufen.

In Klasse sieben beteiligen sich zwölf Schulen, u.a. alle Schulen, die im Schulversuch „Praktische Berufsorientierung an Förderschulen“ sind, mit zehn Praxistagen. Vorgesehen ist zunächst eine Weiterführung über die nächsten drei Jahre. Ergänzt durch das Betriebspraktikum im dann favorisierten Berufsfeld sollen die Jugendlichen realistische Berufsbilder entwickeln.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass praxisorientiertes Lernen dem Schüler die Sinnhaftigkeit des Gelernten verdeutlicht und er so dazu ermutigt wird, weiter zu lernen.

Weitere Aktivitäten in diesem Bereich erfolgen im Rahmen des 2003 in Kooperation mit dem Thüringer Kultusministerium, der Jugendberufshilfe Thüringen e. V., den Thüringer Förderschulen/-zentren und Thüringer Bildungsträgern entstandenen **Modellprojekt „Berufspraxis erleben“**. Die enge Verknüpfung mit den im Lehrplan der Fächer Arbeitslehre bzw. Arbeit, Wirtschaft und Technik formulierten Aufgaben und Zielstellungen ermöglicht den Teilnehmern dabei eine umfassende Berufswahlorientierung.

Das **Projekt STELLWERK**, das an mehreren Standorten in Thüringen jugendliche Sozialhilfeempfänger ohne Berufsabschluss fördert, unterstützt auch Jugendliche mit Behinderungen bei ihrer beruflichen Integration. Vorrangig spielen Lernbehinderungen und psychische Beeinträchtigungen eine Rolle. Das Projekt STELLWERK realisiert im Rahmen einer Vorschaltphase eine individuelle Klärung hinsichtlich einer (erneuten) Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung sowie gesundheitlicher, sozialer, schulischer und motivationaler Voraussetzungen und bemüht sich, die Jugendlichen in geeignete Förderangebote zu integrieren. Für behinderte Jugendliche sind dies insbesondere die Regelangebote der Arbeitsverwaltung, z.B. Förderlehrgänge, Reha-Ausbildungen oder Angebote der Werkstätten für behinderte Menschen.

### 3.3 Berufliche Schulen und berufliche Ausbildung

Die seit Jahren angespannte Lage auf dem Ausbildungs- und Stellenmarkt in Thüringen stellt insbesondere körperlich behinderte und lernbehinderte Jugendliche vor schwer zu bewältigende Aufgaben.

Ausgehend vom Grundsatz „**Integration vor Separation**“ sollte der Unterricht für Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich an berufsbildenden Schulen als gemeinsamer Unterricht mit nichtbehinderten Schülern entsprechend den in der Thüringer Förderschulordnung definierten Rahmenbedingungen erfolgen. Gemäß § 19 SGB III bzw. § 2 Abs. 1 SGB IX stehen Jugendlichen mit Behinderungen grundsätzlich alle Schulformen der berufsbildenden Schulen offen.



An jeder Berufsschule im Freistaat Thüringen besteht die Möglichkeit, nach Prüfung der personellen und sachlichen Gegebenheiten Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen unter Berücksichtigung des Ausbildungsprofils der Berufsschule auszubilden.

Jugendliche und junge Erwachsene mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden je nach Art und Schwere ihrer Beeinträchtigung in eigenen Fachklassen - Förderberufsschulklassen - oder in Regelberufsschulklassen unterrichtet.

Sind Berufsschulen oder Betriebe nicht in der Lage, Jugendliche mit Behinderungen so auszubilden und entsprechend individuell zu betreuen, dass die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen werden kann und die Stabilisierung der Persönlichkeit gelingt, bestehen nach Art und Schwere der Behinderung Berufsausbildungsmöglichkeiten in Berufsbildungswerken bzw. Berufsförderungswerken oder in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM).

Zusätzlich geben Beratungs- und Informationssysteme wie das Berufsinformationszentrum des Arbeitsamtes, Integrationsämter sowie Beratungsstellen von Verbänden Betroffenen Hilfen vor Ort.

### 3.4 Hochschulen

Ziel der Landesregierung ist es, die Benachteiligung behinderter und chronisch kranker Studierender im Hochschulbereich zu beseitigen bzw. zu verhindern und **gleichwertige Studienbedingungen** sicherzustellen. Nach § 4 Abs. 6 Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) wirken die Hochschulen an der sozialen Förderung der Studierenden mit. Die **barrierefreie Gestaltung der Hochschulen** soll eine Gleichberechtigung in Bezug auf die Teilnahme an den für alle Studierenden bereitgestellten Angeboten und die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der vorhandenen Ressourcen gewährleisten.

Im Rahmen der **16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks** wurden u.a. auch Daten über chronische Krankheiten und Behinderungen bei Studierenden erhoben.

Danach haben 13 % der Studierenden angegeben, eine chronische Krankheit und 2% eine Behinderung zu haben. (Diese Prozentsätze stimmen annähernd mit der gesundheitlichen Situation der Gesamtbevölkerung überein.) Von dieser Gruppe Studierender mit Gesundheitsproblemen geben durchschnittlich 39 % an, im Studium dadurch beeinträchtigt zu sein: Studienbeeinträchtigungen von schwacher Ausprägung haben 18 %, von mittlerer Schwere weitere 13 % und starke Studienbeeinträchtigungen 8 %. Hochgerechnet auf die 1,6 Millionen deutsche Studierende ergeben diese relativen Werte eine geschätzte absolute Zahl von ca. 208.000 Studierenden mit einer chronischen Erkrankung und 32.000 Studierende mit einer Behinderung, wobei 93.600 Studierende als studienbeeinträchtigt (davon 19.200 mit starken Beeinträchtigungen) anzunehmen sind. Aufgrund einer an der Technischen Universität Ilmenau durchgeführten freiwilligen Datenerhebung ist davon auszugehen, dass diese Zahlen auch für die Thüringer Hochschulen repräsentativ sind.

Für den Bereich der Hochschulen drängt die Landesregierung in den Gremien der Kultusministerkonferenz (KMK) darauf, die **KMK-Empfehlung zur Verbesserung der Ausbildung für Behinderte im Hochschulbereich** vom 25.06.1982 zu überarbeiten. Es soll nach bisherigem Beratungsstand aufgrund der Entwicklung in der Behindertenpolitik ein von Grund auf neu gestalteter Entwurf erarbeitet werden. Das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (TMWFK) unterstützt diese Bemühungen.

Der vorliegende Entwurf der "KMK-Empfehlung zur selbstbestimmten und gleichberechtig-

ten Teilhabe Studierender mit Behinderungen oder chronischer Krankheit an der Hochschulbildung" enthält Empfehlungen hinsichtlich:

- der Verwirklichung des Rechts auf gleichberechtigte, barrierefreie Teilhabe behinderter Menschen an den Hochschulangeboten, verbunden mit der Schaffung entsprechender Bedingungen für ein selbstbestimmtes erfolgreiches Studium,
- der Sicherung einer einkommens- und vermögensunabhängigen Finanzierung (möglichst aus einer Hand) des behindertenbedingten Mehrbedarfs im Studium unter Gewährung eines selbstbestimmten, persönlichen Budgets,
- eines finanziellen Anreizsystems für Hochschulen, sofern diese sich für die Belange behinderter Studierender besonders einsetzen (insbesondere beim Hochschulbau),
- der Sicherung des behindertenbedingten Mehrbedarfs im Studium unter Gewährung eines selbstbestimmten persönlichen Budgets (Nachteilsausgleich),
- einer Nichtbeschränkung der Hochschulausbildung auf ein grundständiges Studium, sondern der Möglichkeit einer Teilnahme an Praktika, Auslandsstudium, Promotionsstudium, Zusatzqualifikation im Studium,
- einer frühzeitigen professionellen Beratung und Betreuung behinderter Studierwilliger, (Bereitstellung zentraler Beratungs- und Dienstleistungsangebote, Maßnahmen sozialer Integration),
- der Stärkung der Position des Beauftragten für behinderte Studierende,
- der Bereitstellung von umfassenden Informationen/Angeboten zur Weiterbildung für Hochschullehrer in Behindertenfragen.

Soweit durch diese Empfehlungen der Zuständigkeitsbereich des TMWFK gegeben ist, sollen sie umgesetzt werden. Schon jetzt existieren entsprechende Regelungen zum Nachteilsausgleich und die Bestellung eines **Beauftragten für die Belange behinderter Studierender** ist im Thüringer Hochschulgesetz verankert.

Bei der letzten Novelle des ThürHG wurde hinsichtlich der Gebührenregelung bei Regelstudienzeitüberschreitung eine Vorschrift zugunsten behinderter Studierender aufgenommen, wonach auf Antrag im Einzelfall die Gebühr teilweise oder ganz erlassen werden kann, wenn ihre Einziehung zu einer unbilligen Härte führen würde. Eine unbillige Härte liegt in der Regel bei studienzeitverlängernden Auswirkungen einer Behinderung oder schweren Erkrankungen vor.

In Bezug auf die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderungen sind an einigen Thüringer Hochschulen **Arbeitsgemeinschaften für behinderte und chronisch kranke Studierende** sowie institutionsübergreifende Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen worden, z. B. die Arbeitsgemeinschaft Behinderung und Studium, in der die Fachhochschule Jena, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Studentenwerk Jena-Weimar, die Stadtverwaltung Jena und das Arbeitsamt zusammenarbeiten.

Ein positiv hervorzuhebendes Beispiel stellt der **Leitfaden für behinderte und chronisch kranke Studierende** dar, der von der Fachhochschule Jena herausgegeben worden ist. Dieser Leitfaden enthält eine Reihe von Beispielen für die Förderung behinderter Studierender.

Angesichts der Haushaltslage lassen sich weitere wünschenswerte, aber kostenintensive Maßnahmen wie die Herstellung baulicher Barrierefreiheit nur schrittweise realisieren.

## 4. Erwerbsleben und Arbeitsmarkt

### 4.1 Erwerbsarbeit und allgemeiner Arbeitsmarkt

Arbeit und Beschäftigung sind die **wichtigsten Formen der Teilhabe und Gleichstellung** in der Gesellschaft. Sie ermöglichen Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit von staatlichen Fürsorgesystemen und schaffen Kommunikation.

Um dieses Ziel auch für Menschen mit Behinderungen erreichen zu können, haben Staat und Gesellschaft erhebliche Anstrengungen unternommen, sei es durch Ausgestaltung der Gesetze oder durch besondere Förderprogramme.

Die Landesregierung hat die **Umsetzung der mit dem SGB IX neu geschaffenen Regelungen** nach Kräften unterstützt. Beispielhaft für die vielseitigen Anstrengungen sind anzuführen:

- der Ausbau der begleitenden Hilfen für schwerbehinderte Arbeitnehmer durch das Integrationsamt,
- die Erweiterung des berufsbegleitenden Dienstes im Auftrag des Integrationsamtes, insbesondere die Aufstockung des Betreuungsangebotes für hörbehinderte Menschen,
- das 1. und 2. Thüringer Schwerbehinderten-Sonderprogramm zur Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen mit Finanzierung einer wissenschaftlichen Begleitforschung für das 2. Sonderprogramm,
- die Einführung neuer Instrumente zur Förderung der Einstellung behinderter Menschen wie die Errichtung von Integrationsfachdiensten, Förderung von Integrationsprojekten, arbeitnehmerorganisierte Arbeitsassistenz,
- die Erweiterung der Information und Beratung von Arbeitgebern, auch nichtbeschäftigungspflichtiger Arbeitgeber, über die Leistungsfähigkeit und Möglichkeiten der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen sowie finanzielle Hilfen durch verstärkte Betriebsbesuche,
- die enge Verzahnung aller Unterstützungsangebote der Arbeitsverwaltung und des Integrationsamtes.

Um nachahmenswerte und ermutigende Beispiele für die berufliche Integration von schwerbehinderten Menschen besser bekannt zu machen, wurde im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit erstmals die **Auszeichnung „Behindertenfreundlicher Betrieb“**, verbunden mit einer Geldprämie in Höhe von 5.000 €, ausgelobt und an zwei Betriebe vergeben.

Für Maßnahmen der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben wurden seit 1999 15,3 Mio. € an Arbeitgeber und schwerbehinderte Arbeitnehmer ausgereicht.

Die Landesregierung hat für **Integrationsprojekte** für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen seit 1999 rund 2,5 Mio.€ zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind in diesen Integrationsprojekten 132 Mitarbeiter beschäftigt; von den 62 schwerbehinderten Menschen gehören 52 zum Personenkreis der besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen.

Das zweite **Thüringer Schwerbehinderten-Sonderprogramm** aus dem Jahre 2000 wurde verlängert bis 2004. Die dafür eingesetzten Mittel aus der Ausgleichsabgabe betragen 21,2 Mio. €. Durch dieses Programm wurden bisher fast 1.700 schwerbehinderte Menschen auf einen Arbeitsplatz vermittelt.

Das Sonderprogramm wurde bei kleineren Betrieben bis 20 Mitarbeitern zu 73,6 %, in größe-

ren Betrieben nur zu 26,4 % in Anspruch genommen. Entscheidend für den Erfolg einer Maßnahme ist offenbar die Länge der Förderungsdauer. Die besten Ergebnisse werden bei Fördermaßnahmen zwischen 24 und 36 Monaten erzielt. Insgesamt wird das Programm von den Unternehmen zu 94 % als gut bzw. als sehr gut eingeschätzt.

Erste von der noch nicht abgeschlossenen wissenschaftlichen Begleitung vorgeschlagene Maßnahmen zur künftigen Ausgestaltung des Programms sind überzeugend und werden bei Nachfolgeprogrammen Berücksichtigung finden. Dies gilt insbesondere für die Zulassung befristeter Arbeitsverträge, für eine vorgelagerte Probezeit im Betrieb, eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und für Maßnahmen zur individuellen Vorbereitung bei längerer Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen.

Die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen hat sich in Thüringen in den letzten fünf Jahren von 5.540 (1999) auf 5.818 (2003) erhöht. Diese Steigerung geht einher mit einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in Thüringen insgesamt von 189.387 auf 210.624 im gleichen Zeitraum. Die Zahlen weisen aus, dass es mittels der vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen gelungen ist, die Zunahme der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen mit 6,2 % weit hinter die allgemeine Erhöhung von 11,2 % zurückzudrängen. Dennoch ist sich die Landesregierung bewusst, dass dies kein Trost für die noch immer arbeitslosen schwerbehinderten Menschen ist und dass die Anstrengungen in diesem Bereich in den nächsten Jahren fortzusetzen und zu verstärken sind.

Die Ursachen für die Probleme im Zusammenhang mit der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen sind vielschichtig und wohl in erster Linie auf die grundlegenden Änderungen in der Wirtschaft, die Auswirkungen der Globalisierung und Rationalisierung sowie den Zwang zu mehr Effizienz in den Betrieben, die sich auf den internationalen Wettbewerb neu einstellen mussten, zurückzuführen.

#### 4. 2. Berufliche Ersteingliederung von Jugendlichen mit Behinderungen

Für **Jugendliche mit Behinderungen** wurde durch die §§ 97 ff. SGB III eine gesetzliche Grundlage geschaffen, über eine Förderung der beruflichen Bildung einen Abschluss zu erlangen bzw. eine berufliche Eingliederung zu erreichen. Je nach Art und Schwere der Behinderung werden diese Jugendlichen in einer betrieblichen Ausbildung, in einer außerbetrieblichen Berufsausbildung nach allgemeinem Recht oder in speziellen Ausbildungseinrichtungen für **Jugendliche mit Behinderungen** gefördert.

Eine besondere Rolle spielen hierbei die **Berufsbildungswerke** (BBW), die während der Ausbildung besondere sozial-, sonder- und/oder heilpädagogische sowie psychologische Hilfen gewähren, ohne die die jungen Menschen nicht in der Lage wären, eine Ausbildung erfolgreich zu absolvieren. BBW bieten auch die Möglichkeit einer Vorbereitung auf die Ausbildung für noch nicht berufsreife Jugendliche. Im Ausbildungsjahr 2002/2003 wurden 588 Jugendliche aus Thüringen in Berufsbildungswerken ausgebildet – darunter 137 im BBW Gera. Das BBW Gera verfügt insbesondere über Ausbildungsplätze für die Berufsvorbereitung und Ausbildung von körper- und lernbehinderten Jugendlichen. Diese Einrichtung bildet Jugendliche aus der gesamten Bundesrepublik aus. Die Zahl der Jugendlichen, die sich in diesem Ausbildungsgang befinden, ist in den letzten Jahren etwa konstant geblieben.

Die anerkannten **Sonstigen Reha-Einrichtungen** (SRE) bilden überwiegend lernbehinderte

Jugendliche aus, die einerseits nicht auf die umfassenden Hilfen eines Berufsbildungswerkes angewiesen sind, andererseits mehr als die üblichen unterstützenden Leistungen benötigen, um eine Ausbildung erfolgreich zu absolvieren. Die SRE bieten ein spezielles Ausbildungskonzept, das methodisch-didaktisch an die Problemlagen angepasst ist. Die Ausbildung erfolgt wohnortnah mit hohen Praxisanteilen in Betrieben.

Seit 1991 werden ausgewählte Träger mit der Durchführung von Bildungsmaßnahmen für **Jugendliche mit Behinderungen** beauftragt. So haben sich im Laufe der Zeit in Thüringen sechs Einrichtungen spezialisiert. Diese anerkannten SRE befinden sich in Erfurt, Gotha, Saalfeld, Sondershausen, Zella-Mehlis sowie eine Einrichtung für psychisch behinderte junge Menschen in Schleusingen. Im Ausbildungsjahr 2002/2003 wurden in den anerkannten SRE 1.243 Jugendliche und in den übrigen Sonstigen Reha-Einrichtungen 2.398 Jugendliche in Thüringen ausgebildet. Zum Ausbildungsbeginn im Herbst 2002 haben in den anerkannten SRE 502 Jugendliche und in übrigen wohnortnahen Reha-Maßnahmen 643 Jugendliche ihre Ausbildung begonnen.

Nach § 236 SGB III können Arbeitgeber für die betriebliche Aus- und Weiterbildung von Menschen mit Behinderungen durch Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung gefördert werden, wenn die Aus- oder Weiterbildung sonst nicht zu erreichen ist. 2002 wurden mit Hilfe dieses Zuschusses 97 Ausbildungsverhältnisse für **Jugendliche mit Behinderungen** in Thüringen begründet. Über alle Ausbildungsjahre werden derzeit 372 Ausbildungsverhältnisse mit diesem Zuschuss gefördert.

Die Ausbildung und Einstellung von Menschen mit Behinderungen ist eine Frage der sozialen Verantwortung. Es ist aber auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten sinnvoll, das wertvolle Potenzial zu nutzen, das behinderte Mitarbeiter mitbringen. Es muss deshalb weiterhin gemeinsames Ziel sein, ihre Leistungsfähigkeit zu fördern und sie aktiv am Arbeitsleben teilhaben zu lassen.

Aus dem wissenschaftlichen Bericht – Materialband ergeben sich keine Anhaltspunkte für Maßnahmen, die nicht bereits durch bisheriges Regierungshandeln abgedeckt werden. Von beachtlicher Bedeutung ist die Feststellung, dass nur 4 % der Menschen mit Behinderungen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren nie im Leben arbeiten konnten (WB 62). Bei der Dauer der Arbeitslosigkeit lassen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen feststellen.

#### 4.3 Werkstätten für behinderte Menschen

Die Werkstatt für behinderte Menschen ist eine Einrichtung zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben und zur Eingliederung in das Arbeitsleben für diejenigen behinderten Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können. Sie soll Menschen mit Behinderungen

1. eine **angemessene berufliche Bildung und eine Beschäftigung** zu einem ihrer Leistung angemessenen Arbeitsentgelt aus dem Arbeitsergebnis anbieten und
2. ermöglichen, ihre **Leistungs- oder Erwerbsfähigkeit** zu **erhalten**, zu **entwickeln**, zu **erhöhen** oder **wiederzugewinnen** und dabei ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

Sie hat den Übergang geeigneter Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Darüber hinaus hat sie über ein möglichst breites Angebot an



Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen sowie über qualifiziertes Personal und einen begleitenden Dienst zu verfügen.

Sie ist jedoch nicht nur eine Einrichtung zur Eingliederung in Beruf und Arbeit, sondern auch eine Einrichtung der Rehabilitation bzw. Sozialisation in die Gesellschaft. Diesem Auftrag kommt, bezogen auf Menschen mit schweren, insbesondere mit geistigen Behinderungen, eine besonders große Bedeutung zu.

Die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess geschieht durch ein breites Angebot an Arbeitsplätzen und berufsfördernden Bildungsmaßnahmen. In vielfältigen Bereichen, z.B. Metall-, Holz-, Konfektionierungs-, Außen- und Grünbereichen, bestehen abwechslungsreiche und interessante Arbeitsmöglichkeiten.

Neben einem geeigneten Arbeitsplatz erhalten die Menschen mit Behinderungen begleitende Hilfen. Der Einzelne hat die Möglichkeit, sich an den arbeitsbegleitenden berufs- und **persönlichkeitsfördernden Maßnahmen** aktiv zu beteiligen. Dazu gehören je nach Ausrichtung und Möglichkeiten des Trägers ggf. Förderunterricht, Sport, musische Angebote, physiotherapeutische Betreuung sowie psychologische und logopädische Betreuung.

Gegenwärtig verfügt Thüringen über **30 Werkstätten für behinderte Menschen** zuzüglich angeschlossener Zweigstellen und Außenarbeitsplätze, in denen **7.120 Werkstattbesucher** arbeiten (Stand: 31.12.2002).

Mehr als 4.700 Werkstattplätze in 55 Projekten wurden mit **Landesmitteln in Höhe von 55,2 Mio. €** im Zeitraum von 1991 bis 2003 neu errichtet oder umfassend saniert.

Das Gesamtinvestitionsvolumen für diese Projekte beläuft sich auf ca. 167 Mio. €.

Bereits im Jahr 1992 hatte sich der Freistaat Thüringen im Rahmen einer so genannten Netzplanung im Einvernehmen mit den Werkstattträgern darauf festgelegt, eine Gesamtzahl von 5.640 Werkstattplätzen investiv zu untersetzen. Über die Netzplanzahl hinaus besteht allerdings weiterer Bedarf an Werkstattplätzen. Dies wird allein schon daran deutlich, dass bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Zahl der Werkstattbesucher mit 7.120 die Netzplanzahl bei weitem übersteigt. Im Rahmen einer durch das Bundesarbeitsministerium an das Institut Consens in Auftrag gegebenen Bestands- und Bedarfserhebung für Werkstätten für behinderte Menschen wurde eine Prognose über die Entwicklung der Zahl der Werkstattbeschäftigten für Thüringen erstellt. Hiernach ist ein weiterer Anstieg von der für 2003 prognostizierten Zahl von 7.565 hin zu einer Besucherzahl von 8.268 im Jahr 2009 anzunehmen.

Die Zahlen werden seitens der Landesregierung als realistisch eingeschätzt, da sie in einem direkten Zusammenhang zur Anzahl der schon jetzt beschulten Förderschüler an Schulen für geistig behinderte Menschen stehen.

Die zusätzlich benötigten Kapazitäten konnten bisher von den Werkstattträgern gut abgedeckt werden durch Anmietung von Objekten, Einrichtung von Außenarbeitsplätzen und einer unter qualitativen Gesichtspunkten akzeptablen Überbelegung.

Zur Sicherstellung weiterer Kapazitäten werden in unterschiedlicher Gewichtung folgende Lösungsansätze gesehen:

- Ausbau von Integrationsprojekten,
- Gewinnung zusätzlicher Außenarbeitsplätze,
- verbesserte Platznutzung durch Teilzeitarbeit,

- Kompensierung durch eine vertretbare Überbelegung,
- verstärkte Anmietung von Objekten und Refinanzierung der Mietaufwendungen im Entgeltsatz.

Der verstärkte Ausbau von Integrationsprojekten und die Gewinnung von zusätzlichen Außenarbeitsplätzen werden hinsichtlich des Effekts zurückhaltend bewertet. Eine nennenswerte Steigerung der Anzahl dieser Projekte ist aufgrund der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenwärtig nicht zu erwarten.

Einer verbesserten Platznutzung durch Teilzeitarbeit stehen höhere Kosten des Fahrdienstes gegenüber, so dass auch hier nur geringe Entlastungseffekte erzielt werden können.

Die Kompensierung durch eine Überbelegung von Einrichtungen wird bei Beachtung von qualitativen Rahmenbedingungen als ein probates Mittel eingeschätzt, da infolge von Krankheit und sonstigen Fehlzeiten eine hundertprozentige Belegung nicht die Regel darstellt. Im Übrigen wurden die Werkstätten insbesondere zu Beginn der neunziger Jahre räumlich großzügig geplant, so dass bei einer Vielzahl von Werkstätten Platzreserven vorhanden sind.

Unter Berücksichtigung der prognostizierten **zunächst steigenden und ab dem Jahr 2010 rückläufigen Anzahl der Werkstattbeschäftigten** und des daraus resultierenden zeitlich begrenzten Zusatzbedarfs an Werkstattplätzen ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine **Anmietung von Kapazitäten** zur Platzausweitung ebenfalls eine **sinnvolle Alternative**. Sie versetzt die Werkstattträger in die Lage, sich von Grundstücken und Gebäuden zu trennen, sobald durch den sinkenden Bedarf die Plätze nicht mehr benötigt werden. Eine Anmietung sollte entsprechend der Bedarfskurve auf längstens zehn Jahre befristet sein. Die Refinanzierung von Mietanteilen kann im Entgeltsatz in ortsüblicher und angemessener Höhe erfolgen.

#### 4.4 Förderbereiche an Werkstätten und Wohnheimen

Behinderte Menschen, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer Werkstatt nicht erfüllen, werden in Einrichtungen oder Gruppen betreut und gefördert, die der Werkstatt angegliedert sind. In der Regel ist dies der Fall bei behinderten Menschen, bei denen trotz einer der Behinderung angemessenen Betreuung eine erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung zu erwarten ist oder das Ausmaß der erforderlichen Betreuung und Pflege die Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich oder sonstige Umstände ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung im Arbeitsbereich dauerhaft nicht zulassen.

In Thüringen wurden seit Beginn der neunziger Jahre **37 Förderbereiche an Werkstätten** und **12 Förderbereiche an Wohnheimen** geschaffen, in denen insgesamt **826 Menschen mit Behinderungen betreut** werden.

Mit **Landesmitteln in Höhe von 4,7 Mio. €** wurden im Zeitraum von 1992 bis 2002 176 Plätze neu errichtet oder umfassend saniert.

Das Investitionsvolumen für diese insgesamt 17 Projekte betrug mehr als 7,9 Mio. €.

Analog zu den Werkstätten für behinderte Menschen wird bezüglich der Förderbereiche in Zukunft ein zusätzlicher Platzbedarf erwartet. Zur Sicherstellung der notwendigen Kapazitäten wird auch hier die Anmietung von Objekten favorisiert.

#### 4.5 Stellenwert von Arbeit und Arbeitsverhältnissen

Die auf Seite 61 des wissenschaftlichen Berichts – Materialbandes dargestellte Grafik macht deutlich, wie relativ wenig Aussagekraft der Grad der Behinderung (GdB) auf die Möglichkeiten der Integration ins Arbeitsleben hat. Insbesondere bei Männern ist ersichtlich, dass auch bei einem GdB von 90 bis 100 kein eklatanter Unterschied zur Einstufung mit 50 bis 80 v. H. besteht. Allerdings ist der Unterschied beim weiblichen Geschlecht deutlicher. Bei einem Behinderungsgrad von 90 und mehr scheiden 41 % aus dem Erwerbsleben aus gegenüber nur 27 % bei Männern.

Von politischer Bedeutung ist insbesondere die erhöhte Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen bis zum 25. Lebensjahr.

Das Erlangen einer qualifizierten Ausbildung spielt bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine ganz entscheidende Rolle. Der Anteil behinderter Arbeitsloser mit Fach- oder Hochschulabschluss ist mit 5 % am niedrigsten (WB 62). Tendenziell stimmt dieses Ergebnis mit Daten in der übrigen Bevölkerung überein. Die Anstrengungen zur weiteren Steigerung des Bildungsniveaus für Menschen mit Behinderungen können daher gar nicht hoch genug bewertet werden.

### 5. Einkommen von Menschen mit Behinderungen in Thüringen

Auch für Menschen mit Behinderungen bildet die eigene Erwerbstätigkeit die hauptsächliche Einkommensquelle (WB 64). Unbestritten ist die **Höhe des Einkommens ein wesentlicher Faktor für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe in der Gesellschaft.**

Wenn auch 5 % der Befragten angeben, dass sie Leistungen der Sozialhilfe erhalten, so ist doch beachtlich, dass lediglich 4 % der Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind (WB 67). Dabei sind Frauen offenbar doppelt so oft betroffen wie Männer. Am häufigsten beziehen Hilfe zum Lebensunterhalt die jungen behinderten Menschen unter 25 Jahren (17 %), was die Arbeitsmarktsituation dieser Personengruppen widerspiegelt.

Die im wissenschaftlichen Bericht – Materialband festgestellten gravierenden Unterschiede beim Nettoeinkommen von Frauen und Männern bei gleichem Grad der Behinderung dürften mit der Situation in der übrigen Bevölkerung durchaus vergleichbar sein, wie auch aus dem Bericht hervorgeht.

Insgesamt beachtlich ist aber, dass das Nettoeinkommen nicht so stark differiert, wie vielleicht zu vermuten wäre. Im Jahre 2002 erzielte der Normalverdiener ein Nettoeinkommen von 981 €, der Durchschnittsverdienst eines Menschen mit Behinderungen betrug 972 €.

Die berufliche Qualifikation ist auch beim Einkommen für Menschen mit Behinderungen von entscheidender Bedeutung. Bei den Renten fällt auf, dass die Durchschnittsrente behinderter Männer unter dem Durchschnitt aller Altersrenten an Männer liegt, während sie bei behinderten Frauen über dem Durchschnitt liegt.

Der sprunghafte Anstieg der Eingliederungshilfe für Kinder dürfte mit dem gesteigerten Bedarf bei Kindern mit Behinderungen in der Frühförderung zusammen hängen. Die im SGB IX von der Bundesregierung vorgeschlagene Form der Finanzierung erweist sich dabei weiterhin als unbefriedigend. Die starke Belastung der Sozialhilfe entspricht nicht der fachlichen Aufgabenstellung der Frühförderung. Eine befriedigende Lösung kann vermutlich nur ein immer noch ausstehendes Leistungsgesetz des Bundes bringen.

## 6. Wohnen

Der wissenschaftliche Bericht – Materialband macht die erfreuliche Feststellung, dass die überwiegende Mehrheit der befragten Menschen mit Behinderungen ihre Wohnungsversorgung als angemessen betrachtet. Die **Wohnverhältnisse in Thüringen** sind seit der Wende **nachhaltig verbessert** worden. Sie haben einen mit den alten Ländern vergleichbaren Standard erreicht. Dank des Engagements der Wohnungsunternehmen und vieler privater Investoren gelang es, die aus der DDR-Zeit übernommenen Defizite in der quantitativen und qualitativen Wohnraumversorgung in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beseitigen.

Der Bund und der Freistaat Thüringen setzten mit der Städtebau- und Wohnungsbauförderung die finanziellen Rahmenbedingungen für diese erfolgreiche Entwicklung.

Von Beginn an wurde besonderes Gewicht auf die Schaffung von **barrierefreien Wohnungen** für Menschen mit Behinderungen gelegt, da hier ein erheblicher Nachholbedarf bestand.

Die Richtlinien der sozialen Wohnraumförderung definieren neben kinderreichen Familien, jungen Ehepaaren und allein stehenden Elternteilen auch schwerbehinderte Menschen als vorrangig zu fördernde Zielgruppe.

Im Rahmen der Wohnungsbauförderung hat Thüringen erreicht, dass mehr als 10 v. H. der insgesamt geförderten, neu gebauten Mietwohnungen altengerecht, behindertengerecht oder für Rollstuhlfahrer geeignet errichtet wurden.

Die „Richtlinie für die investive Förderung zur Herrichtung von barrierefreien Wohnungen und zur Schaffung von Kommunikationsstätten für ältere Menschen“ ergänzt sinnvoll die Förderprogramme des sozialen Wohnungsbaus.

In den Jahren 1999 bis 2003 wurden mit einem Volumen von rund 11 Mio. € 109 Projekte gefördert, darunter zahlreiche Gemeinschaftsprojekte beider zuständigen Thüringer Ministerien (Innenministerium und Sozialministerium).

Entsprechend den Ergebnissen der Studie sind die Wohnungen zu 62 % entsprechend der Behinderung der Bewohner ausgestaltet. Insgesamt sind 83 % aller Befragten mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufriedenen (WB 120).

Von besonderem politischem Interesse ist die Aussage des wissenschaftlichen Berichts – Materialbandes, dass **Betreutes Wohnen** eine hohe Wertschätzung genießt, insbesondere bei Jugendlichen mit Behinderungen. Das Land ist sich des Erfordernisses des Ausbaus dieses Angebotes an Betreuten Wohnformen bewusst und hat diesen Bereich auf freiwilliger Basis seit 1999 mit mehr als 4,1 Mio. € gefördert.

Obwohl **Wohnheime** für Menschen mit Behinderungen in aller Regel am Besten die Normen der Barrierefreiheit erfüllen, liegen sie bei der Wohnungszufriedenheit unter dem Einzelwohnen (WB 121). Dennoch bleibt diese Wohnform für bestimmte Behinderungsarten als adäquate Art des Wohnens unverzichtbar. Die Landesregierung hat deshalb erhebliche Anstrengungen unternommen, um ausreichend Wohnheimplätze für Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung zur Verfügung zu stellen.

Für Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung gibt es in Thüringen

- 85 Wohnheime für Erwachsene mit 2.862 Plätzen,
- 21 Wohnheime für Kinder und Jugendliche mit 731 Plätzen,
- 6 Wohnheime an Förderschulen mit 309 Plätzen und
- 16 Pflegeheime für Pflegebedürftige mit geistiger Behinderung mit 706 Plätzen.

63 Wohnheime für Erwachsene und Wohnheime für Kinder und Jugendliche mit insgesamt 1.718 Plätzen wurden seit 1991 investiv gefördert.

Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug 110 Mio.€. Davon wurden **44 Mio.€ aus Landesmitteln** bereitgestellt. 66 Mio.€ wurden aus Bundesmitteln, Eigenmitteln der Träger sowie Eigensatzmitteln (Aktion Mensch, Stiftung Hilfswerk für behinderte Kinder, Kommunen u.a.) finanziert.

Pflegeheime wurden nach Artikel 52 Pflegeversicherungsgesetz (PflegeVG) investiv gefördert. Für behinderte Menschen in diesen Heimen wird zusätzlich zum Pflegegeld Eingliederungshilfe gezahlt.

Bei der Frage der Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld fällt auf, dass es erhebliche Unterschiede je nach der Größe der Gemeinden und hinsichtlich der Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen gibt. Für die Umsetzung der mit dem SGB IX und dem Bundesgleichstellungsgesetz angestrebten Barrierefreiheit sind noch erhebliche Anstrengungen auf allen politischen Ebenen erforderlich. Im **Thüringer ÖPNV-Gesetz** ist verankert, dass „bei der Planung und Ausgestaltung der Verkehrsinfrastruktur, der Fahrzeugsparks sowie des Angebots des ÖPNV die Belange von Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt oder in besonderer Weise auf den ÖPNV angewiesen sind, angemessen zu berücksichtigen sind.“ Die fachpolitischen Schwerpunkte und Anforderungen an den ÖPNV werden in den Nahverkehrsplänen der Aufgabenträger für den ÖPNV festgelegt. Dabei sind die Landkreise und kreisfreien Städte Aufgabenträger für den Bus- und Straßenbahnverkehr.

Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ist der Freistaat Thüringen. Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den SPNV für die Jahre 2003-2007 wurde nachstehende Formulierung aufgenommen:

„Außerdem sind besonders die spezifischen Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Personen - und hier vor allem die behinderter Menschen - hinsichtlich Zugangs- und Informationsmöglichkeiten zu beachten, die unter dem Oberbegriff der Barrierefreiheit des ÖPNV zusammengefasst werden können. Spätestens seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) zum 01.05.2002 sind die für den ÖPNV zuständigen Entscheidungsträger verpflichtet, einen möglichst barrierefreien ÖPNV zu ermöglichen und damit eine entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme der mobilitätseingeschränkten Personen am gesellschaftlichen Leben zu schaffen.“

Die kommunalen Aufgabenträger (Landkreise und kreisfreie Städte) haben in ihren Nahverkehrsplänen ebenfalls Festlegungen zur schrittweisen Gestaltung eines barrierefreien Straßenpersonennahverkehrs aufgenommen. Bei der Erstellung der Nahverkehrspläne sind die Behindertenbeauftragten bzw. Behindertenbeiräte anzuhören und in die Planung des ÖPNV einzubeziehen.

Die ÖPNV-Investitionsrichtlinien vom 09.02.2001 regeln außerdem, dass für Investitionen unter Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen höhere Fördersätze gelten. So kann z. B. ein Höchstfördersatz von 90 % (statt max. 75 %) der zuwendungsfähigen Kosten gewährt werden, wenn die Verkehrsanlage barrierefrei gestaltet wird. Bei der Fahrzeugbeschaffung erhöht sich die Förderung um 5 %, sofern die Fahrzeuge in Niederflerausführung beschafft werden.

Menschen mit Behinderungen werden auch in die Verkehrssicherheitsarbeit einbezogen. So erfolgte die Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen in schulischen Einrichtungen, in



denen behinderte Kinder und Jugendliche betreut werden. Gleiches gilt für die Weiterbildung der Erzieherinnen. Darüber hinaus werden im Rahmen der verfügbaren Mittel jährlich **Verkehrsschulungen** für Gehörlose durchgeführt.

## 7. Gesundheit, Pflege und Betreuung

In Fragen der Gesundheit, Pflege und Betreuung erhalten Menschen mit Behinderungen die gleichen Leistungen wie alle anderen Mitbürger auch. Der Bericht stellt fest, dass trotz immer noch vorhandener Barrieren und Hemmnisse die Mehrheit der befragten Menschen mit Behinderungen mit der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft auch in seiner alltäglichen Ausgestaltung allein zurecht kommt. (WB 133).

Allerdings sieht das selbstgestaltete Leben je nach Art der Erfordernisse des Alltags sehr unterschiedlich aus. Während z. B. zur Straßenüberquerung 77 % allein in der Lage sind, ist das Reisen mit Bahn allein nur für 52 % möglich. (WB 133).

Insgesamt ist beachtlich, dass nur 10 % der Auffassung sind, dass sie mit der Verrichtung des täglichen Lebens allein nicht zurecht kommen. (WB 134).

Auf ambulante Dienste zur eigenen Betreuung greifen Männer (jeder 10.) mehr zu als Frauen. Die hohe Bedeutung von Partnerschaft, Verwandtschaft und Familie bei der Betreuung wird auch durch diese Untersuchung bestätigt (WB 137).

Insgesamt stellt die Studie fest, dass der Bedarf an Betreuung und Pflege gedeckt wird. Die Landesregierung hat ganz erhebliche Anstrengungen unternommen, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Rahmen des **Sonderinvestitionsprogrammes nach Artikel 52 PflegeVG** werden insgesamt 162 Projekte für die Sanierung, den Um- oder Neubau von Alten- und Pflegeeinrichtungen realisiert. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt ca. 714 Mio. €. Das Land und die Kommunen beteiligen sich daran mit rund 138 Mio. €; **der Anteil des Landes liegt bei 74,2 Mio. €.**

Mit Abschluss dieses Programmes werden von den am 31.12.2003 vorhandenen 17.123 Dauer-, 121 Kurzzeit- und 472 Tagespflegeplätzen in Thüringen rund 16.800 stationäre Pflegeplätze saniert bzw. erneuert sein, etwa 700 davon für Menschen mit Behinderungen.

Darüber hinaus sieht das am 01.01.2002 in Kraft getretene Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz (PfLEG) die **Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote** vor. Diese Angebote sollen in Ergänzung und Unterstützung des bisherigen Leistungsangebotes der Pflegeversicherung ein zusätzliches Leistungsangebot für Pflegebedürftige mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung schaffen.

Bei den Hilfsangeboten und deren Bewertung werden von den Betroffenen erfreulicherweise Verbesserungen überwiegend wahrgenommen. Einen besonders hohen Stellenwert nimmt dabei die Arbeit der Selbsthilfegruppen ein. Die Landesregierung sieht diese Aktivitäten als einen besonders geeigneten Weg an, um die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens weiter zu fördern und zu unterstützen.

Menschen mit Behinderungen erreichen heute zumeist ein ebenso hohes Alter wie nicht behinderte Menschen auch. Bereits heute sind über **50 % aller Menschen mit Behinderungen über 65 Jahre** alt, wobei der Anteil der älteren Menschen mit geistigen

Behinderungen noch relativ gering ist. Das Altern mit Behinderungen setzt insbesondere bei geistiger Behinderung früher und dynamischer ein und beinhaltet insgesamt ein höheres Risiko des Kompetenzverlustes.

Bislang sind lediglich punktuell qualifizierte und vernetzte Versorgungsangebote zur Tagesstrukturierung, Förderung, Freizeit und Pflege vorhanden. Dies hat seine Ursache insbesondere darin, dass die Unterstützung alt gewordener behinderter Menschen im professionellen Bereich fast ausschließlich unter dem Aspekt der Versorgung gesehen wird. Das Alter der behinderten Menschen wird als doppeltes Handicap begriffen, dem man mit gesteigerter Versorgung zu begegnen hat. Der Ort der Unterstützung dieser Menschen wird fast ausschließlich in stationären Einrichtungen gesehen. Der Aspekt der **Teilhabe der alt gewordenen Menschen mit Behinderungen** tritt in der professionellen Sichtweise weit hinter den Aspekt der Versorgung zurück. Die traditionelle Binnensichtweise vieler stationärer Einrichtungen verstellt die Wahrnehmung der tatsächlichen Bedürfnisse der alt gewordenen und behinderten Menschen. In den Pflegeeinrichtungen, die in der Regel hochbetagte und sehr schwer erkrankte Menschen versorgen, nimmt die Teilhabe dieser Personen in der Regel einen kleinen Raum ein. Die vorhandenen Anbieter und Leistungen der Behindertenhilfe haben andererseits kaum gerontologische Kompetenzen und sind auf das erhöhte und frühere Demenzrisiko von Menschen mit Downsyndrom nicht ausreichend eingestellt.

Ab dem Jahr 2010 wird die erste große Gruppe von Menschen mit Behinderungen wegen des Erreichens der Altersgrenze die Werkstätten für behinderte Menschen verlassen. Dies erfordert eine schnelle und deutliche **Veränderung der Angebotsstrukturen im Bereich Wohnen und Freizeit**. Da diese Anpassung der Angebote vorbereitet werden muss, sind Kostenträger und Einrichtungsträger in der Pflicht, die Weichen für diese neue Zukunftsaufgabe der Behindertenhilfe zu stellen. Es müssen fachlich fundierte, von den behinderten Menschen akzeptierte und finanzierbare Lösungen entwickelt werden. Schwerpunktmäßig werden diese Veränderungen insbesondere in den Bereichen

- Qualifizierung des Personals,
- Sicherstellung der medizinischen, rehabilitativen und pflegerischen Versorgung,
- der räumlichen Anpassung der stationären Einrichtungen
- sowie des Aufbaus einer ambulanten Versorgungsstruktur einzuleiten sein.

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang schließlich noch das Blindengeld. In Thüringen erhalten etwa 5.000 blinde Menschen zum Ausgleich der durch die Sehbehinderung bedingten Mehraufwendungen ein Blindengeld nach dem Thüringer Blindengeldgesetz ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Das Blindengeld beträgt 486 € monatlich. Blinde Menschen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten Blindengeld in Höhe von 243 € monatlich.

## 8. Familie, Sport, Freizeit/Tourismus

### 8.1 Familie

Die Familie besitzt, wie auch sonst in unserer Gesellschaft, für Menschen mit Behinderungen einen **hohen Stellenwert**. Das Leben zusammen mit Partnern, Kindern und

Enkelkindern ist für die meisten Menschen mit Behinderungen die selbstverständliche Lebensform. Daneben spielt auch das Leben in Vereinen eine große Rolle (WB 156, 157). 23 % geben allerdings an, meistens allein zu sein. Das Telefon ist hier das herausragende Mittel der Kommunikation.

Um den Menschen mit Behinderungen ein **Leben in ihrer eigenen Familie** zu ermöglichen, ist die **Stärkung der ambulanten Versorgung** von großer Bedeutung, insbesondere bei der pflegerischen Betreuung und bei der hauswirtschaftlichen Versorgung. Die Landesregierung hat deshalb die Träger der freien Wohlfahrtspflege nachhaltig unterstützt, um ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Netz an ambulanten Diensten aufzubauen.

Derzeit existieren in Thüringen rund **390 ambulante Pflegedienste**. Darüber hinaus fördert die Landesregierung die relativ junge Hilfeform der **familienentlastenden Dienste (FED)**, die den Anspruch haben, ganzheitliche Dienstleistungen anzubieten, und zwar sowohl hinsichtlich der Entlastung und Unterstützung der Angehörigen als auch hinsichtlich der Betreuung des behinderten Menschen selbst. Ziel der Förderung ist es, die Bereitschaft der Angehörigen zur Betreuung aufrecht zu erhalten und eine vollstationäre Unterbringung von Menschen mit Behinderungen möglichst zu vermeiden.

Das **Fördervolumen** betrug von 1999 bis 2003 **1.492.500 €** für 11 FED. Im Haushaltsjahr 2003 waren dies rund 256.000 € für 12 FED.

Der wissenschaftliche Bericht – Materialband stellt fest, dass die Befragten ganz überwiegend die Versorgung als ausreichend ansehen.

Im Bereich der Freizeitaktivitäten hat die Landesregierung die „**Richtlinien für die Gewährung individueller Zuschüsse zur Förderung der Familienerholung**“ unter anderem dahingehend **erweitert**, dass Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben, ob Elternteil oder Kind, verstärkt gefördert werden können. Die zusätzlichen Leistungen für Menschen mit Behinderungen wurden je Erholungstag von 5 € auf 10 € erhöht.

Im Zuge der Umsetzung dieser Richtlinien wurde mit den Leitern der Familienferienstätten (FFS) und Trägern der Familienbildung unter Beteiligung von Vertretern der Behindertenverbände während einer Tagung in Erfurt im Dezember 2002 die Thematik "Besondere Anforderungen an die Gestaltung von Freizeit und Erholung in Familien, denen Menschen mit Behinderungen angehören" erörtert. Im Hinblick auf die gegebene Differenzierung der Behinderungen ergab sich eine Vielzahl verschiedenster Anforderungen an die Betreuung der Erholungssuchenden und die Ausstattung der Einrichtungen. Entsprechend der in bestimmten Ferienstätten vorhandenen Möglichkeiten können zum Beispiel Menschen mit Behinderung der Mobilität (Rollstuhlfahrer) gut integriert werden.

**Familienorientierte Programme** sollen den integrativen Aspekt weitestgehend umsetzen. Zugleich sollen Familien im Rahmen der durch die Behinderungen vorgegebenen Möglichkeiten die Wahl haben zwischen der Teilnahme an spezifischen Programmen und der Integration ihrer Angehörigen mit Behinderungen in das allgemeine Angebot der Familienbildung und -erholung.

## 8.2 Sport

Menschen mit Behinderungen ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Beruf und in der Gesellschaft zu ermöglichen, ist erklärtes Ziel der Politik der Landesregierung. Die Integration von Menschen mit Behinderungen in alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft ist in den letzten zwölf Jahren gut vorangekommen. Auch der Sport bot dabei vielfältige Möglichkeiten, um **Lebensfreude** zu vermitteln und das **Selbstwertgefühl** des Einzelnen zu stärken. Dies gilt für alle Sportarten und für alle Sporttreibenden und trifft ganz besonders

auch auf Menschen mit Behinderungen zu. Selbstbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl sowie **die Erfahrung eigener Leistungsfähigkeit** tragen dazu bei, souverän mit der eigenen Behinderung umzugehen.

Selbstverständlich möchten sich auch Menschen mit Behinderungen im Wettkampf mit anderen behinderten Menschen messen. Deshalb fördert die Landesregierung auch den Leistungssport der Behindertensportler. Thüringen hat als **erstes Bundesland** seinen **Olympiastützpunkt** schon 1993, längst vor grundsätzlichen Entscheidungen auf Bundesebene, **auch für die Betreuung von behinderten Leistungssportlerinnen und -sportlern** geöffnet.

Das Land unterstützt den Sport von behinderten und gehörlosen Menschen unter dem Leitmotiv „**Sport für alle**“ in der Vereinsarbeit ebenso wie bei der Durchführung von Wettkämpfen. Im Unterschied zu den anderen Sportverbänden erfolgt jedoch die **Förderung** nicht über den Landessportbund, sondern direkt als institutionelle Förderung des jeweiligen Fachverbandes in Höhe von insgesamt mehr als **370.000 € jährlich**.

Darüber hinaus sind vom Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit von 1991 bis 2003 ca. 180 Mio. € für den Bau oder die Sanierung von Sport- und Spielanlagen bewilligt worden. 92,3 Mio. € entfallen dabei allein auf den Zeitraum 1999 bis 2003. Damit wurde flächendeckend eine Vielzahl von Maßnahmen im Freistaat realisiert, die eine deutliche **Verbesserung** der Bedingungen für den Thüringer Sport mit sich brachten. Dies gilt insbesondere für den **Sport von Menschen mit Behinderungen**, da eine Förderung aus Landesmitteln bei Investitionen im Sportstättenbereich nur unter Beachtung der Belange behinderter Menschen bewilligt wurde. Insofern zählt die Verbesserung der Rahmenbedingungen **durch den behindertengerechten Aus- und Umbau der Sportanlagen** in Thüringen zu den wichtigsten Voraussetzungen für die progressive Entwicklung in diesem Bereich. Die außergewöhnlichen Erfolge bei Weltmeisterschaften und den Paralympics sprechen für sich (WB 164).

### 8.3 Freizeit/Tourismus

Im Vordergrund der Bemühungen der Interessenvertretungen behinderter Menschen stehen vorrangig Forderungen nach einer Alltagsumgebung, die eine größtmögliche Mobilität und die Unabhängigkeit von fremder Hilfe gewährleistet, um die täglich notwendigen Verrichtungen selbst ausführen und einem selbst gewählten Beruf nachgehen zu können.

Zunehmend wird aber **Barrierefreiheit** auch als Voraussetzung **für eine uneingeschränkte Teilhabe am Freizeitleben, Erholungsaktivitäten und Reisen** eingefordert, denn die steigende Bedeutung der Freizeit für die Lebensgestaltung des Einzelnen gilt selbstverständlich auch für Menschen mit Behinderungen. Je stärker die gesellschaftliche Bedeutung von Mobilität, Freizeit, Reisen und Erlebnisorientierung gewertet wird, umso schmerzlicher empfinden Menschen mit Behinderungen die Einschränkung der eigenen Möglichkeiten. Knapp die Hälfte aller behinderten Menschen würde häufiger verreisen, wenn es mehr barrierefreie Angebote gäbe. Rund 40 % haben schon einmal auf einen Urlaub verzichtet, weil passende Angebote fehlten (Studie ADAC).

Die Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen und der Abbau von Barrieren erfordern von den jeweils Verantwortlichen ein hohes Maß an Engagement. Einfallsreichtum, Zeit und ggf. auch finanzielle Mittel müssen aufgewendet werden. Hierzu können Anbieter - auch im touristischen Bereich - in der Regel nur motiviert werden, wenn ein langfristiger wirtschaftlicher Nutzen erkennbar ist und sie auf der Basis eines gemeinsamen Konsenses

erwarten können, im Rahmen einer örtlichen Gesamtentwicklung Unterstützung zu finden. Es ist zu betonen, dass behinderte Menschen aufgrund ihrer Zahl und der Zahl ihrer mitreisenden Familienangehörigen ein erhebliches Gästepotenzial darstellen.

**Barrierefreiheit** muss als **Markenzeichen im Tourismus** etabliert werden. Die wirtschaftliche Bedeutung des barrierefreien Tourismus wird oft unterschätzt. Rund 55 % der etwa sieben Millionen schwerbehinderten Menschen in Deutschland verreisen mindestens einmal pro Jahr und buchen insgesamt rund fünf Millionen Urlaubsreisen mit einer durchschnittlichen Dauer von 14 Tagen. Auch die Zahl der Touristen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, wird aufgrund der sich verändernden Alterspyramide in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen.

Verschiedene Initiativen im Bereich des Tourismus in Thüringen sollen die Situation der Menschen mit Behinderungen verbessern:

- Durch die Thüringer Tourismusgesellschaft (TTG) wurde im Jahr 2003 ein spezieller **Angebotskatalog „Barrierefreie Reisetipps für Alle“** für den barrierefreien Tourismus in Thüringen herausgegeben. Dieser Katalog enthält spezielle Angebote für gehbehinderte, seh- und hörbehinderte Menschen sowie für geistig behinderte Menschen und Rollstuhlfahrer. Der Katalog wurde in Zusammenarbeit mit dem Verband der Behinderten e.V. Kreisverband Erfurt erstellt. Jedem Katalog beigelegt ist eine Broschüre dieses Verbandes mit Informationen zu barrierefreien Übernachtungsmöglichkeiten in Thüringen.

- Durch den Deutschen Tourismus Verband (DTV) wurde das Thema „Barrierefreier Tourismus“ in einem Bundeswettbewerb „Willkommen im Urlaub - Familienzeit ohne Barrieren“ aufgegriffen. Bewerben konnten sich bis zum 15. Juni 2003 Gemeinden, kommerzielle und gemeinnützige Beherbergungsbetriebe sowie integrative Projekte für Menschen mit Behinderungen.

- Verschiedene Städte engagieren sich ganz besonders im Bereich „Barrierefreier Tourismus“. Einige Beispiele:

In **Erfurt** gibt es **spezielle Stadtführungsangebote** für blinde und sehgeschädigte sowie gehörlose Gäste. Zur Weihnachtszeit gibt es für diese Zielgruppe ein exklusives Pauschal-Weihnachtsarrangement.

Im **Nationalpark Hainich** wurde der **Erlebnispfad Brunstal** (3 km) eingerichtet. Das Angebot richtet sich an geh-, seh- und hörbehinderte Gäste und Rollstuhlfahrer, die teilweise auch ohne fremde Hilfe dieses Angebot wahrnehmen können.

In **Arnstadt** wurde ein behindertenfreundlicher **Rundwanderweg** eingerichtet, der Informationstafeln in Blindenschrift aufweist.

- Im Rahmen des im Frühjahr 1999 gestarteten InnoRegio-Wettbewerbs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurden von insgesamt 440 Bewerbern (davon 48 aus Thüringen) 25 Siegerregionen prämiert. Mit dem **Projekt „Barrierefreie Modellregion für integrativen Tourismus in Thüringen“** wurde die Region **Tambach-Dietharz, Georgenthal, Ohrdruf, Oberhof und Luisenthal als Siegerregion ausgezeichnet**. Durch die Prämierung dieses InnoRegio-Projektes wird die Möglichkeit eröffnet, diese Region umfassend auf Realisierungs- und Wertschöpfungsmöglichkeiten von barrierefreiem Tourismus zu untersuchen.

Die Geschäftsstelle des Trägervereins wird dabei von fast 50 **Netzwerkpartnern** unterstützt. Zu den Netzwerkpartnern gehören Hochschulen, Behindertenverbände, kommunale



Gebietskörperschaften, Privatunternehmen und Tourismusverbände. Träger des Projektes ist der Naturpark Thüringer Wald e.V. Für die Durchführung dieses Modellprojektes wurden vom Bundesbildungsministerium insgesamt 7,2 Mio. € zur Verfügung gestellt. Derzeit laufen im Rahmen des Siegerprojektes **„Barrierefreie Modellregion in der Talsperrenregion am Rennsteig“** Projekte zu verschiedenen Themenbereichen wie z.B. barrierefreier Winterurlaub oder barrierefreier Verkehr.

Diese Initiativen werden durch das Land sehr begrüßt. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig diejenigen Anbieter einen Wettbewerbsvorteil erzielen werden, die frühzeitig das Thema „Barrierefreier Tourismus für Alle“ aufgreifen.

### Fazit

In den letzten Jahren hat sich, wie auch der wissenschaftliche Bericht – Materialband feststellt, ein ganz beachtlicher **Wandel in der Einstellung zu Menschen mit Behinderungen** ergeben. Das wird auch von den Betroffenen weitgehend so empfunden. Dennoch gibt es noch Defizite, die einer Aufarbeitung bedürfen.

Dem hohen Grad an Geborgenheitsgefühl in der Gesellschaft stehen die Empfindungen vieler Menschen mit Behinderungen gegenüber, dass sie sich weniger selbst behindert fühlen als vielmehr durch die Realitäten der Umwelt, sei es baulicher oder sozialer Art, in ihrer Selbstbestätigung, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung eingeschränkt sehen (WB 169).

Die Erwartungen hinsichtlich der Auswirkungen gesetzlicher Änderungen bleiben zurückhaltend, wenn nicht skeptisch. In der Bewertung des allgemeinen öffentlichen Verhaltens gegenüber Menschen mit Behinderungen ergibt sich insgesamt ein positiver Trend; es gibt aber offenbar immer noch bedauerliche Ausfälle gegenüber Menschen mit Behinderungen.

Um eine weitere Klimaverbesserung zu erreichen, sind komplexe Maßnahmen erforderlich. Insbesondere muss sich die Politik für Menschen mit Behinderungen als Prozess des Mainstreamings verstehen, in den alle politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einzubeziehen sind. Erfreulich ist aber die Feststellung, dass sich Menschen mit Behinderungen weitaus besser in die Gesellschaft integriert fühlen, als man dies aufgrund der öffentlichen Meinung annehmen könnte.

Hoffnungsvoll stimmt die Tatsache, dass das bürgerschaftliche Engagement sowohl für wie durch behinderte Menschen einen besonders hohen Stellenwert besitzt. Nur 16 % der befragten Mitbürger geben an, in keiner Einrichtung oder Vereinigung aktiv zu sein (WB 175). Die Landesregierung unterstützt diese Entwicklung durch zahlreiche Maßnahmen, insbesondere durch die Gründung einer eigenen Stiftung zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements.

Erstaunlich ist der verhältnismäßig geringe Bekanntheitsgrad für Fördermöglichkeiten (nur 15 % wissen davon). Hier ist weitere Aufklärungsarbeit erforderlich.

Erfreulich ist auch der hohe Mitwirkungsgrad in Selbsthilfegruppen (29 %). Die Landesregierung sieht in dieser Form der Selbsthilfe einen ganz wichtigen Schritt zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe in Staat und Gesellschaft. Über die Selbsthilfe hinaus genießen die Wohlfahrtsverbände eine hohe Wertschätzung, und zwar sowohl in ihrer

Hilfefunktion als auch hinsichtlich der Interessenvertretung.

Die Landesregierung sieht in der Zusammenarbeit mit den freien Trägern ein wesentliches Mittel, um Menschen mit Behinderungen ein föderalistisches und fachgerechtes Hilfeangebot machen zu können. Behindertenbeauftragte und Beiräte können einen eigenen Beitrag zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft sowie in das kommunale und staatliche Leben erbringen. Die Landesregierung hat mit der Schaffung eines eigenen Beirats auf der Ebene des Sozialministeriums dieser Entwicklung Rechnung getragen.

Alle diese Bemühungen haben offenbar dazu geführt, dass insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen vorhanden ist (WB 183), wenn sie auch nach Lebensbereichen differiert. Die Differenzen in den einzelnen Bewertungen bedürfen einer weiteren Überprüfung und vor allem eines Vergleichs mit den Einschätzungen der übrigen Bürger. Auch bei den Zukunftserwartungen und Wertorientierungen dürften keine wesentlichen Unterschiede zur übrigen Bevölkerung bestehen.

Die Landesregierung sieht den Bericht einerseits als eine Bestätigung für ihre bisherigen Anstrengungen, auch für Menschen mit Behinderungen möglichst gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen. Andererseits sieht sie die offenen Fragen und Probleme als Herausforderung an, diesen Weg zielstrebig weiterzuverfolgen. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung wird es auch verstärkt darauf ankommen, die hohe Bereitschaft von Menschen mit und ohne Behinderungen, sich ehrenamtlich und in Selbsthilfegruppen zu betätigen, weiter zu stärken. Anders-sein ist und bleibt eine große Chance, das Antlitz unserer Gesellschaft menschlich zu gestalten.

## Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
Art.	Artikel
BBW	Berufsbildungswerk
BGG	Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dr.	Doktor
DTV	Deutscher Tourismus Verband
ESF	Europäischer Sozialfond
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
FED	Familienentlastende Dienste
FFS	Familienferienstätten
GdB	Grad der Behinderung
KMK	Kultusministerkonferenz
max.	maximal
Mrd.	Milliarden
Mio.	Millionen
NS	Nationalsozialismus
o. g.	oben genannt(en)
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PfLEG	Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz
PflegeVG	Pflegeversicherungsgesetz
PID	Präimplantationsdiagnostik
Reha	Rehabilitation
s.BR Drs.	siehe Bundesrats-Drucksache
SGB I	Sozialgesetzbuch Erstes Buch - Allgemeiner Teil –
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch - Arbeitsförderung –
SGB VIII	Sozialgesetzbuch Achtes Buch - Kinder- und Jugendhilfe
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen-
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe -
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SRE	Sonstige Rehabilitations-Einrichtungen
SVE	Schulvorbereitende Einrichtungen
ThürHG	Thüringer Hochschulgesetz
TMSFG	Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
TMWFK	Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
TTG	Thüringer Tourismusgesellschaft
u. a.	unter anderem
WfbM	Werkstätten für behinderte Menschen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
(WB...)	Der Inhalt der Klammer verweist auf den wissenschaftlichen Bericht-Materialband mit Angabe der jeweiligen Seitenzahl
v. H.	von Hundert
z. B.	zum Beispiel

## Impressum

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit  
Referat M 2, Presse/Öffentlichkeitsarbeit  
Werner-Seelenbinder-Straße 6  
99096 Erfurt  
Tel.: 0361/37-900, Fax: 0361/37 98-800  
e-mail: [Poststelle@tmsfg.thueringen.de](mailto:Poststelle@tmsfg.thueringen.de)  
Verantwortlich: Thomas Schulz

Satz und Druck: GD Gotha Druck und Verpackung GmbH & Co. KG  
Gutenbergstraße 3  
99869 Güntersleben-Wechmar

Redaktionsschluss: März 2004